

## **Politik - ein Demokratiemärchen**

Sicher wird mancher Leser bei dieser Überschrift zuerst mal innerlich rebellieren und dann sagen, bei uns ist es auch nicht schlimmer als in anderen Ländern. – Lieber Leser es mag ja sein, dass Sie damit Recht haben, nur heißt das noch lange nicht, dass ich damit automatisch Unrecht habe. Lassen Sie uns einige Dinge betrachten die gewöhnlich nicht in der Öffentlichkeit, in den Medien behandelt werden und fragen Sie sich dann bitte einmal selbst, warum dies so ist, wie es ist?

Das, was man Innen- und Weltpolitik nennt ist nichts anderes als ein subtiles Beschäftigungsprogramm für unser Gehirn, das bei uns im Vordergrund abläuft ohne dass wir uns jemals ernsthaft Gedanken über die wirklich dahinter ablaufenden Dinge gemacht haben. Es geht dabei letztendlich nicht um die Lösung von Problemen, dies ist nur der Eindruck den man uns durch immer neuere Aktionen vermitteln möchte. Das, was uns seit Generationen als Lösungsansätze präsentiert wird fühlt sich doch wie Endstücke an, die nicht wirklich zusammenpassen. Die Entwicklung die sich dahinter verbirgt ist nicht etwa rein zufällig oder aus Faulheit oder Unzulänglichkeit so entstanden - nein sie ist das gezielte Produkt einer kleinen Gruppe, die die Welt (fast) beherrscht.

Oberflächlich betrachtet macht die ganze Politik eigentlich keinen Sinn, denkt der unbedachte Bürger. Doch das genau ist das System. Die scheinbar chaotischen Entscheidungen in fast allen Dingen mit denen wir konfrontiert sind. Natürlich läuft um uns her fast alles normal, was auch immer jeder einzelne von uns darunter verstehen mag. Das Einkommen der meisten Familien ist noch ausreichend für Essen und im Winter frieren wir deswegen auch nicht. - Nein diese Aussage ist nicht mehr aktuell. Im Winter 2007 / 2008 gab es immer mehr Familien, die nicht mehr das Geld hatten die enorm gestiegenen Energiekosten aufzubringen. Nun, zumindest wir können noch in Urlaub fahren, warum soll uns dies beunruhigen, sind die Betroffenen doch meist selbst daran schuld, werden manche denken. Zum Wählen können wir auch gehen. Unser Staat nennt sich eine Demokratie und Richter gibt es auch. Wir können öffentlich unsere Meinung sagen und dieses Buch ist auch

erlaubt. Also alles paletti meinen die meisten, wenn da nicht ein schwer beschreibbares Gefühl wäre, dass uns sagt - ohne dass uns Konkretes dazu einfällt - dass doch einige Dinge nicht so laufen wie man sich das in einer offenen fairen Partnerschaft wünschen würde.

*In der Politik geschieht nichts zufällig!  
Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, dass es auf diese Weise  
geplant war.*

*F.D. Roosevelt*

\*\*\*

Die Könige kümmerten sich damals ums Repräsentieren und die Macht nach Außen hin darzustellen, während sich die Priesterschaft für die Macht dahinter zuständig fühlte. Sie kontrollierten und steuerten auch die Stimmung im Volk und häuften Reichtum an. Die Situation ist bis heute die gleiche, - nichts hat sich geändert, nur dass nach außen hin eine Regierungsform, die sich Demokratie nennt in Erscheinung tritt. Statt Pharaos haben wir heute Präsidenten, Kanzler, Premierminister und Könige. Die Stelle der Priesterschaften haben heute die Religionen mit ihren Vertretern und Bankiers die globale Kontrolle übernommen. Kaum ein Flecken Erde entzieht sich ihrem Einfluss und Wertschöpfung. Sie haben unseren Planeten Erde bewusst zur Müllkippe gemacht und fast jeglichen Einfluss für eine Änderung der Situation genommen. Sie kontrollieren unsere Bildung und was wir lernen dürfen. Sie bestimmen was wissenschaftlich ist und was geforscht werden darf. Sie haben uns Menschen bewusstseinmäßig manipuliert. Sie haben für uns die Demokratie geschaffen ohne dass wir in den wichtigen Dingen jemals eine wirkliche Wahl hatten. Wir Menschen haben dies bisher bereitwillig ohne Widerspruch hingenommen auch weil wir durch Beschäftigungsprogramme abgelenkt wurden und werden. Es wird Zeit, dass wir unserer

universellen Verantwortung bewusst werden, denn anderen Falls, werden wir in unserer nächsten Inkarnation auf lange Zeit, einem noch totalitärerem System dienen müssen, solange bis jeder von uns, unserer Verantwortung bewusst geworden sind.

Wenn Sie diesen Zustand jedoch ändern möchten, brauchen Sie nicht auf die Straße zu gehen oder demonstrieren. Das Einzige was Sie hierzu tun müssen ist Ihr Bewusstsein zu öffnen und die Dinge wie sie sind zu erkennen und zu akzeptieren, so dass Veränderungen Ihre geistige Zustimmung und Unterstützung finden. Die in der 4.Dimension arbeitende Kraft der Verwirklichung, setzt dann regulierend, ausgleichende Ereignisse in Gang, die durch nichts aufzuhalten sind.

Der folgende Abschnitt ist eine Zusammenfassung zum Thema Demokratie und stammt aus dem Buch „Anastasia – Neue Zivilisationen“ von Wladimir Megre. Anastasia ist eine hübsche, wie gleichsam hochintelligente, in der sibirischen Taiga lebende Einsiedlerin. Ihr Bewusstsein reicht weit über das hinaus, was wir Menschen uns vorstellen können. Anastasia gibt uns hier ein Gleichnis zur Demokratie vom Hohepriester Kratie.

### ***DämonKratie***

*Langsam gingen die Sklaven hintereinander her, jeder von ihnen trug einen geschliffenen Stein. Vier solcher Reihen, jede anderthalb Kilometer lang – von den Steinpolierern bis zur Stelle, wo die Festung gebaut wurde, wurde alles von Wächtern streng bewacht. Auf zehn Sklaven kam ein Wächter. Auf der Seite der Sklaven saß auf einem dreissig Meter hohen, aus geschliffenen Steinen errichteter Hügel der Hohepriester Kratie. Vier Monate lang hatte er schweigend das Geschehen beobachtet. Niemand störte ihn, niemand wagte auch nur, seine Gedanken durch einen Blick zu unterbrechen. .. Dem Menschen, der da oben mal reglos auf seinem Thron saß und mal auf der Gipfelplattform des Hügels umherging, schenkte*

*schon niemand mehr Beachtung. Kratie hatte die Aufgabe übernommen den Staat umzustellen, um die Macht der Priester über die Menschen dieser Erde auf Jahrtausende hinaus zu festigen und sie alle, einschließlich der sogenannten Herrscher zu Sklaven der Priester zu machen.*

*Einmal stieg Kratie herab und lies seinen Doppelgänger auf den Thron Platz nehmen. Der Hohepriester selbst wechselte seine Kleidung und nahm seine Perücke ab. Dem Oberwächter befahl er, ihn wie einen gewöhnlichen Sklaven in Ketten legen zu lassen und ihn in die Sklaven einzureihen, hinter einen jungen kräftigen Burschen namens Nard. Kratie war aufgefallen, dass Nard einen forschenden, wertenden Blick hatte, .. nicht einen so abgestumpften wie die meisten anderen. Nards Gesicht machte einen nachdenklichen konzentrierten Eindruck, denn er sah erregt aus. Der Hohepriester war überzeugt, dass Nard an einem Plan arbeitete. Zwei Tage lang ging Kratie Steine schleppend hinter Nard her, saß während des Essens neben ihm und schlief neben ihm auf der Pritsche. In der dritten Nacht drehte er sich zu dem jungen Sklaven um und flüsterte verbittert, „soll es denn das ganze Leben so weiter gehen?“ Der Sklave zuckte auf und wandte ihm das Gesicht zu. „Es wird nicht mehr lange dauern. Ich habe einen Plan. Und du Alter kannst mitmachen“, flüsterte ihm der junge Sklave zu. .. Du und ich wir werden schon bald frei sein. Überleg mal, auf zehn Sklaven kommt jeweils ein Wächter. Ebenso gibt es einen Wächter für fünfzehn Sklavinnen, die kochen und nähen: Wenn wir uns zu einem vereinbarten Zeitpunkt alle gemeinsam auf die Wächter stürzen, können wir sie überwältigen. Sie haben zwar Waffen, aber wir haben eiserne Ketten. .. Wir müssen den Zeitpunkt so wählen, wenn die Armee auf den langen Marsch ist. Sie haben schon Proviant für drei Monate herbeigebracht. Wir werden also unsere Wächter in drei Monaten entwaffnen, wenn die Armee unseres Herrschers, sich mit der anderen Armee im Kampf befindet. Die Kunde unseres Aufstandes wird die Armee*

*frühestens einen Monat später erreichen. Die geschwächte Armee unseres Herrschers wird dann mindestens noch einmal drei Monate hierher unterwegs sein. Wir haben also vier Monate Zeit. Zahlenmäßig werden wir den Soldaten nicht unterlegen sein, denn die neuen Sklaven die sie mitbringen werden, werden sich auf unsere Seite schlagen. Nein mein Alter, ich habe alles gut durchdacht. Der Alte fragte, „ was werden die Sklaven dann in ihrer Freiheit machen und was soll mit dem Herrscherhaus, mit den Wächtern, den Soldaten und den Priestern geschehen?“ „Mit diesen Fragen habe ich mich noch gar nicht beschäftigt“, sagt Nard. Wer heute ein Sklave ist soll dann keiner mehr sein und umgekehrt. Die Priester, die sollen ruhig bleiben was sie sind. Sowohl die Herrschenden, wie auch die Sklaven gehorchen ihnen. Es ist nicht immer leicht, sie zu verstehen, aber ich halte sie für unschädlich. Sollen sie ruhig weiter von ihren Göttern erzählen.*

*Kratie konnte in der folgenden Nacht nicht schlafen. Er war überzeugt, dass die Sklaven immer den Wunsch nach Freiheit haben werden. Schließlich war er mit der Aufgabe vertraut worden, einen Plan zur Knechtung der ganzen Welt zu erdenken. Mit körperlicher Gewalt allein war dies nicht zu erreichen, es muss intelligenter, unbewusst erfolgen.*

*Der Mensch müsste in seinem Bewusstsein umgepolt werden, so dass er dächte, dass seine Arbeit der höchste Segen sei. Es musste ein Programm her, um das Wissen aller Völker und ihre Orientierung in Raum und Zeit gründlich zu verwirren, vor allem die Wahrnehmung der Realität. Auf einmal hatte Kratie einen Geistesblitz.*

*Der Priester lag noch gefangen in seinen Ketten auf der Pritsche, doch morgen Früh, wenn alle zur Arbeit gehen, wird er dem Leiter des Wachtrupps das vereinbarte Zeichen geben und er wird aus dem Sklavenzug weggebracht werden. Dann*

*werde ich mein Programm ausarbeiten und der Wandel der Welt wird seinen Lauf nehmen. Bereits am folgenden Tag waren die anderen fünf Hohepriester und der Pharao auf die Beobachtungsplattform Kraties eingeladen. Was ihr jetzt von mir hören werdet, soll von niemanden aufgezeichnet oder weitererzählt werden. Auch gibt es hier keine Wände die belauscht werden und niemand außer euch wird unser Gespräch mithören können. Lasst mir nur zwei Tage Zeit und ihr werdet euch mit eigenen Augen von der Wirksamkeit meines Planes überzeugen können. Wir haben immer gedacht, je mehr Sklaven, desto besser für den Staat. Doch mit der Anzahl der Sklaven steigt auch die Gefahr des Aufruhrs. Was tun wir um dies zu verhindern? Wir verstärken die Bewachung. Wir sind auch gezwungen sie gut zu ernähren, sonst können sie die schwere Arbeit nicht leisten. Dennoch sind sie faul und neigen zur Rebellion. Seht nur, wie langsam sie sich bewegen, doch diese unfähigen Wachen peitschen nicht einmal die gesunden, starken Sklaven. – Aber wir werden künftig keine Wächter mehr brauchen und sie werden sich bald von alleine viel schneller bewegen.*

*Noch heute vor Sonnenuntergang sollen die Herolde die vorbereitete Verordnung des Pharaos verkünden, in der es heißt: „Mit dem Anbruch des morgigen Tages soll allen Sklaven die volle Freiheit gewährt werden. Für jeden Stein, den ein freier Bürger in die Stadt liefert, soll er eine Münze bekommen. Die Münzen kann er tauschen gegen Nahrung, Kleidung, eine Behausung, einen Palast usw. Von nun an sind alle freie Bürger.*

*Der älteste Hohepriester meinte, du bist ein Dämon, Kratie. Die von dir beabsichtigte Dämonie wird viele Völker beherrschen.*

*Die Verordnung wurde bei Sonnenuntergang verlesen. Am nächsten Morgen stiegen die hohen Priester und der Pharao wieder auf die Plattform. Doch das Bild das sie jetzt sahen*

*verblüffte sie. Tausende ehemalige Sklaven schleppten unermüdlich und voll Tatendrang die gleichen Steine wie zuvor. Sie schwitzten und einige trugen sogar zwei Steine. Andere mit nur einem Stein, liefen aber so schnell, dass sie Staub aufwirbelten. Auch einige Wachsoldaten schleppten jetzt Steine. Die Menschen, denen man Ketten abgenommen hatte, waren jetzt bestrebt möglichst viele Münzen zu verdienen, um sich eine glückliche Zukunft aufbauen zu können. Doch Kratie dachte insgeheim schon weiter und hatte eine Idee, später an deren gesammelte Münzen zu gelangen.*

*Von hier oben konnten sie gut erkennen, wie schnell und reibungslos alles funktionierte. Die Veränderungen waren umwerfend. Ein Teil der früheren Sklaven hatte sich zu kleinen Gruppen zusammengeschlossen. Sie hatten Karren gebaut, mit denen die Steine leichter transportiert werden konnten. Es gab auch schon die ersten Dienstleistungen, Wasserträger und Essensverkäufer. Einige wollten mittags keine Zeit mehr damit verbringen, ins entfernte Quartier zu marschieren, so nahmen sie ihr Essen am Wegesrand ein. Auch Ärzte gab es, welche die verletzten Steinträger gegen Münzen behandelten. Denn wenn man krank war gab es keine Münzen und so war es das Interesse eines jeden, möglichst schnell wieder gesund zu werden und Münzen zu verdienen.*

*Kratie dachte sich, sollen die nur so weitermachen. Sie halten sich für frei, aber im Grunde hat sich nichts geändert, im Gegenteil. Wir benötigen jetzt nur noch wenige Wachen und darüber hinaus, erhalten wir einen Großteil des Geldes wieder zurück über Steuern und Abgaben. Zuvor mussten wir viel Geld für diese Arbeiten ausgeben, jetzt bekommen wir welches. ... So laufen sie nun schon seit Jahrtausenden durch den Staub und schleppen im Schweiß ihres Angesichtes ohne zu murren die schweren Steine. Und die heutigen Nachkommen dieser Sklaven machen es ihnen nach, bis zum heutigen Tag.*

Ich denke, dass es Zeit ist unser System, das sich Demokratie nennt zu hinterfragen. Denn es gibt in der Tat Übereinstimmungen mit diesem Bericht, die unschwer zu leugnen sind. Ich denke, es ist längst für jedermann ersichtlich, dass unser System, inzwischen mehr Probleme geschaffen, als gelöst hat. Mit Unterstützung unserer Volksvertreter wurde weltweit ein wirtschaftliches, soziales und rechtliches System etabliert, das einer kleinen Mehrheit Vorteile und Reichtum und der Mehrheit der Menschen, Kampf ums Überleben, Armut, Krankheit und Unterdrückung bringt.

*Wir werden seit 3.728 Jahren v.Chr. manipuliert. Wir sind auf die Unglaublichste Manipuliert worden. Wir haben die Freie-Energie-Technik, und sie wird uns vorenthalten. Deshalb haben wir während der letzten 100 Jahre unsere Umwelt total verdreckt.*

Nach Aussage der Andromedaner kamen die „großen Grauen“ von Betelgeuze aus dem Sternbild des Orion, im Jahre 1933 auf die Erde. In den acht Galaxien die uns am nächsten sind, gibt es 135 Milliarden menschliche Wesen. Die gesamte menschliche Rasse kommt von Lyrae, wo sie sich entwickelte, doch ihren Ursprung hat sie in einer anderen Galaxie. Die Andromedaner sorgen sich sehr darüber was hier auf der Erde vorgeht. Vieles davon hänge damit zusammen, wer wir als Seelen sind, und wer wir genetisch sind und es hat mit unserer Zukunft in 346 Jahren zu tun.

Es wäre fatal davon auszugehen, dass wir Menschen im Gegensatz zu den Andromedanern, welche etwas über 2.000 Jahre alt werden, diese Situation sowieso nicht mehr erleben werden. Die Andromedaner sagen, dass es Alter nicht gibt, der Mensch ist wahrhaftig unendlich. Es ist richtig, dass für gewöhnlich kein Mensch ein solches Alter erreicht, doch das heißt eben nicht, dass wir in unseren nachfolgenden



Inkarnationen nicht doch mit der Auflösung dieses Problems konfrontiert sein werden, das wir zugelassen und geschaffen haben. Es ist allemal besser, schon jetzt die notwendige Vorarbeit zu leisten.

Am 23. März 1994 begann auf Grund der großen Konvergenz, eine Farb- und Tonfrequenz einer bestimmten Qualität, aus allen Schwarzen Löchern unseres Universums zu strahlen. Dieses Energiespektrum erzeugt einen holographischen Abdruck durch alle dimensional Ebenen, welche wir fälschlicher Weise auch unter dem Begriff „Dimensionen“ kennen. Bisher gibt es 11 dieser Dichten in unserer Schöpfung, doch durch die einströmenden Frequenzen wird die 12.Dichte bis zum 21. Dezember 2012 geschaffen. Dadurch werden alle darunter liegenden Dichten, auf der Erde wie im gesamten Universum auf die nächst höhere angehoben, manche reden sogar von der Anhebung um zwei Ebenen.

*Die Andromedaner sagen: In dieser Dichte des holographischen Bewusstseins sind nun Einzelbewusstseine aufgetaucht, für welche es nichts Vergleichbares gibt, wir wissen nicht, wer was oder was sie sind. Aber anscheinend haben diese 12dimensionalen-Wesen die Fähigkeit, durch alle Ebenen hindurch zu starten und alles zu sehen was vor sich geht.*

*Gemäß den Andromedanern besteht jedes menschliche Wesen auf der Erde, wie auch in den 21 anderen Sternensystemen, wo menschliches Leben zu Hause ist, aus einer Gruppe von einzelbewussten Wesen, welche sich vor einigen Billionen Jahren zur 11.Dichte entwickelt haben. Sie sagen, dass eine große Gruppe von uns an dem Experiment beteiligt ist, mit Gedanken physische Materie zu erschaffen und dazu freiwillig in die 3.Dichte der Erde ging.*

Manchmal fragt man sich, warum gibt es denn keinen Frieden auf der Welt? Es wäre doch verhältnismäßig einfach mit allen Ländern, Kulturen und Religionen halbwegs in Frieden zu leben. Doch irgendwo auf der Welt glimmt immer die Lunte, warum ist das so?

Andreas von Bülow, Expolitiker und Kenner politischer Zusammenhänge meint hierzu in einem Internetbeitrag: *Letztlich geht dies auf die englische Kolonialpolitik zurück. Sie ist im Kern die Technik eines kleineren Staates der sich ein Weltreich unterworfen hält. Wie könnten dreißig bis vierzig Millionen Engländer ein Viertel des Erdballs unter Kontrolle halten? Mit riesigen Territorien, extrem langen Verbindungswegen, mit Völkerschaften, die in die Hunderte von Millionen gehen. Da müssen Sie überlegen, wie Sie das ökonomisch hinbekommen, ohne alle männlichen Briten zu Soldaten und Polizisten ausbilden und vor allem auf Staatskosten lohnen zu müssen. Da gibt es nur das alte römische Prinzip des «Teile und Herrsche». Sie müssen ... also auf militante Minderheiten setzen, Sie müssen Spannungen schaffen und am Laufen halten, Sie müssen die friedensbereiten Gruppen auf allen Seiten zum Schweigen bringen und beiderseits den Hitzköpfen unter die Arme greifen. Verdeckte Finanzierungen und Waffenlieferungen sind unabdingbar. So können sie auch mit geringem Aufwand die Dinge unter Kontrolle halten ... und das Zünglein an der Waage spielen. Jeder Staat, der an den Aufbau und den Erhalt eines Kolonialreiches ging, hat so gehandelt, ob Franzosen, Briten, Holländer. Die Amerikaner haben diese Technik von ihren Vettern schon sehr früh übernommen. Es ist auch eine historisch kontinuierliche Linie. Sie hat eine solche Logik, dass da gar nichts dagegen zu argumentieren ist. Sie ist kurzfristig klug – langfristig schädlich, unmoralisch und völkerrechtswidrig.*

Die *Augsburger Allgemeine* schreibt am 27. Februar 2008:  
 Sechs Billionen Kriegskosten?  
 Berechnungen eines Nobelpreisträgers

*London: Für die USA ist der Irak-Krieg der teuerste Krieg in der Geschichte. Die tatsächlichen Kosten hat Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und Ex-Vize der Weltbank, in London vorgelegt. Mit drei Billionen US-Dollar, schreibt er in einem Buch, übersteigen sie jede offizielle Schätzung ... Wir kämpfen im Irak immer noch auf Not-Etatuweisungen erklärt der ehemalige Wirtschaftsberater von Bill Clinton. Weil sie außerhalb des regulären Haushaltes genehmigt werden hat niemand eine Ahnung wie viel der Krieg wirklich kostet. Er sei der Erste, der die vielen verschiedenen Finanzbewilligungen addiert hat. Stiglitz listet Folgekosten auf, die teilweise verschleiert würden. Bis zu 40 Prozent der eingesetzten Soldaten trügen Behinderungen davon, die aber nicht als Kriegsverletzung registriert würden.*

*Stiglitz rechnet mit weiteren fünf Jahren Militäreinsatz im Irak. „Zwei Jahre kosten uns eine halbe Billion Dollar“, sagte er. Mit diesem Geld ließe sich für die nächsten 60 Jahre ein Sozialversicherungssystem in den USA finanzieren. Und, so der Kriegskritiker abschließend: Für die Kosten von zwei Wochen Kampfhandlung könnte der Analphabetismus in der ganzen Welt ausgemerzt werden.*

Soweit zumindest die Fakten und Theorie, aber in Wirklichkeit ist vom Welt-Establishment niemand an Frieden und sozialer Ausgeglichenheit interessiert. Darum werden ja Kriege gerade angezettelt, weil damit der Profit über alle Bereiche am größten ist und sich die Entwicklung am besten in die gewünschte Richtung lenken lässt. Die einzigen, die das ändern können, sind wir selbst indem wir:

- A) Licht und Liebe in diese oben genannte Tatsache schicken und
- B) keinen einzigen Politiker mit keiner einzigen Stimme mehr wählen, was durchaus - wenn die meisten sich einig sind -

funktionieren könnte, so dass notgedrungen über diese zusammenhängenden Dinge mal gründlich nachgedacht werden müsste - auch von jedem von uns.

Es mag sein, dass ich ein Fantast bin, aber wie sonst meine Damen und Herren, sollte sich eine so grundlegende Änderung der Dinge herbeiführen lassen, wenn wir nicht ganz unten anfangen?

### ***Unsere Regierungen***

Mit den Regierungen ist es wie mit guten Eltern, die ihren Kindern vorleben und zeigen sollten was richtig und was falsch ist und mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Doch wenn ein junger Mensch sich unser politisches Kasperltheater anschaut, wie es unsere Regierungen vorleben, dann kann er nur demotiviert werden oder dazu motiviert, ebenfalls eine solche politische Karriere mit sicherem Versorgungsstatus anzustreben.

Eigentlich sollte zwischen guten Eltern und guten Politikern kein Unterschied bestehen. Politiker sollten wie Eltern das Wohl ihrer Schützlinge im Auge haben. Das Wohl im Sinne einer vorausschauenden Verantwortung allem gegenüber, nicht nur eines kurzfristigen Vorteils Willen. Wenn für eine Familie schlechte Zeiten anbrechen, dann versuchen die Eltern ihre Kinder bestmöglich über die Runden zu bringen indem sie selbst ihre Bedürfnisse zurückschrauben. Doch in Politik und Wirtschaft ist es genau umgekehrt. Obwohl es dem Land immer schlechter geht, bedienen sich unsere Politiker immer ungenierter zum eigenen Vorteil Willen. Eigentlich ist diese Situation pervers wie bei den Wirtschaftsbossen, zuerst treffen sie eine Fehlentscheidung nach der anderen, danach entlassen sie Tausende von Mitarbeitern und anschließend genehmigen sie sich millionenschwere Abfindungen für ihre Fehlleistung. Und obendrein honorieren die Aktionäre ein solches Verhalten durch eine verstärkte Nachfrage und Kursanstieg - sind wir nicht eine perverse Gesellschaft?

Es gibt viele Stimmen die meinen, unsere Politiker müssten noch besser entlohnt werden. Warum sind die Leute bloß der Meinung dass eine Vergütung - wie die eines gehobenen Abteilungsleiters - für einen Volksvertreter unzureichend wäre? Denken diese eventuell, dass eine überproportional hohe Vergütung die Qualität ihrer Entscheidungen verbessern würde? Warum nehmen Politiker andere Maßstäbe für sich in Anspruch, als sie der Bevölkerung zubilligen, zeigt das nicht den bereits bestehenden Systembruch? Warum haben Politiker für sich Privilegien geschaffen, von denen der normale Bürger Meilen weit entfernt ist? Politiker sind doch keine Beamten - das verbietet schon ihre Unabhängigkeit - ich denke sie sind eher auf Zeit befristete freie Mitarbeiter. Warum sorgen sie dann nicht selbst für ihre Altersversorgung, wie sie das ja auch von anderen verlangen? Meine Vorstellung von „Political Correktness“ ist es, dass es sich einem Staatsdiener verbietet, neben seiner Abgeordneten Tätigkeit noch für andere tätig zu werden, gleichgültig ob dies mit oder ohne Entlohnung erfolgt.

Wenn ein Parlamentarier ein Mandat ausübt dann braucht er keine Nebeneinkünfte, diese hindern ihn nur in seiner Unabhängigkeit. Wenn er sein Mandat in den Mittelpunkt seines Wirkens stellt, bleibt ihm auch keine Zeit für andere Aufgaben. Die geführte Diskussion um „Nebenjobs“ dient doch nur dem Zweck, sich lukrative Mehrfacheinkommen zu sichern. Die Richtung seiner Politik ist dann nicht mehr von seiner ursprünglichen Aussage, dem deutschen Volke zu dienen sondern von seiner Lobbyverpflichtung abhängig. Jeder Politiker der sich für ein Mandat bewirbt weiß doch vorher, welche Pflichten auch ethischer und moralischer Art auf ihn zukommen, da bedarf es später keiner scheinheiligen Hinterfragung und Diskussion mehr. In Deutschland ist inzwischen der mit einem Mandat verbundene Schwur, „...nach bestem Wissen und Gewissen“ zur Scheinheiligkeit und Lüge verkommen. In anderen Ländern sind „Nebenjobs“ für Parlamentarier längst verboten, warum nicht in Deutschland? Lobbyarbeit bedeutet doch immer, Vorteile für die von ihm vertretene Gruppe zum Nachteil der Allgemeinheit zu erreichen.

Ja, ich möchte hier die Maßstäbe sogar noch verschärfen. Selbst wenn ein Abgeordneter ehrenamtlich für eine gemeinnützige Organisation tätig ist, so darf er diese nicht einmal exklusiv beraten sondern muss seine Informationen allen ähnlichen Organisationen zur Verfügung stellen. Das ist doch auch logisch, nur so kommt seine Tätigkeit der gesamten Bevölkerung zu Gute, alles andere führt zur einseitigen Bevorzugung, zu Vetternwirtschaft. Die Bevölkerung ist sich doch längst im Klaren darüber, dass die Mehrheit der Parlamentarier ihr Abgeordnetenmandat primär als Eintrittskarte für die „Champions League“ der von Macht und Gigantismus geprägten Finanz- und Wirtschaftswelt missbraucht. Die Interessen der von ihnen vertretenen Firmen, bei denen sie meist in den Gehaltslisten der Aufsichtsräte geführt werden oder über Rechtsanwaltsmandate oder andere Kanäle entlohnt werden, stehen doch im krassen Widerspruch zu den Interessen des Staates und der Bevölkerung. Den Firmen die von ihnen vertreten werden geht es doch nur um die Schaffung von Vorteilen, zum letztendlichen Nachteil der Bürger. Wo uns solches Denken und Handeln hinführt sehen wir doch inzwischen in allen Lebensbereichen. Mit Unterstützung unserer Parlamentarier, die eigentlich nur das Wohl der Bürger im Auge haben sollten, wurden inzwischen in allen Bereichen monopolistische Strukturen geschaffen - zum Nachteil der Bürger. Die Auswirkung einer solchen Entwicklung erfährt dann der Bürger für gewöhnlich in Form - immer noch unverschämter Preiserhöhungen. Das von den Parteien geschaffene Selbst-Versorgungssystem wirkt wie ein starker Scheinwerfer, der Politiker gleichsam wie Motten ins Licht zieht. Wir brauchen keine Politiker, die sich wie Wirtschaftsbosse fühlen ohne Fingerspitzengefühl, die über unzureichende soziale Kompetenz verfügen und keine Visionen für eine heile Welt und nur ihre Karriere und Einflussverweigerung im Sinn haben.

Seit Mitte des letzten Jahrhunderts ist es doch so, dass sich Politiker von der Bevölkerung durch Vorgabe falscher Versprechungen wählen lassen. Sobald diese gewählt wurden, folgen sie in der Regel dem Ruf von Einfluss, Macht und finanziellem Vorteil. Die einzigen Interessen

die sie wirklich gut vertreten, sind die als Lobbyisten und diese stehen erfahrungsgemäß im Widerspruch zu den Interessen des Volkes. Gewinne in den Unternehmen müssen sein, es ist aber moralisch unverantwortlich wenn trotz exorbitanter Gewinne sich ein Produkt Jahr für Jahr deutlich verteuert. Ein Beispiel hierfür sind die ins Unermessliche steigenden Energiepreise. Die Politik tut zwar so, als ob sie solches Verhalten verurteilt, gleichzeitig sitzen aber viele von ihnen in den Aufsichtsräten solcher Unternehmen und erhalten für diesen „Verrat an der Bevölkerung“ einen großzügigen Judaslohn.

Politiker sind gewählt worden um bestmögliche und gerechte Lösungen für unser Miteinander zu schaffen, auch unter dem Aspekt, dass jeder Bürger hierzu seinen Beitrag zu erbringen hat. Die Interessen der Bevölkerung - darunter verstehe ich die des Staates - in der Funktion als Diener und Wegbereiter, der nur auf das Ziel eines harmonischen Ganzen ausgerichtet sein darf. Die Interessen der globalen Konzerne haben dabei zweitrangig zu sein, denn diese haben das unersättliche Bestreben, im unmoralischen Sinne immer noch mehr Gewinne zu erzielen. Unabhängig von den wirklichen Kosten wird hier immer mehr getrickst, getäuscht und betrogen. Es ist wichtig, dass wir die Dinge wieder beim wirklichen Namen nennen. Inzwischen ist fast jedes Mittel recht, sich Vorteile auf Kosten der Bevölkerung anzueignen. Doch interessanter Weise vertreten viele Parlamentarier gerade die Interessen solch ausbeuterisch aufgestellter Konzerne. Es ist inzwischen zur Routine geworden, dass der Staat gigantische Summen für die Ansiedelung und Förderung von Großkonzernen ausgibt obwohl gar kein oder nur geringer Rückfluss aus diesen Unternehmen an Steuern erfolgt. Solche Konzerne entledigen sich dann nicht selten ungeniert ihres Personals zu Lasten des Sozialsystems. Ja der Staat praktiziert dies selbst rechtswidrig in seinen Staatsbeteiligungen bei Bahn und Post.

Ich denke, dass die Politik inzwischen den Zenit ihrer Arroganz und Selbstüberschätzung erreicht hat. Sie ist zu einem erfolgreichen Interessengeschachere in eigener Sache und für Großkonzerne verkommen, zum Nachteil des Volkes. Ist Ihnen schon aufgefallen, dass

Sie durch den immer wiederkehrenden Aufruf, „doch unbedingt zur Wahl zu gehen und von Ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen“, nur an der Nase herum geführt werden, dass Sie eigentlich gar keine wirkliche Wahl haben. – Es wird auch nach der Wahl wieder mehr oder weniger so sein, wie es vorher war. Die einzige Chance die Sie haben Ihren Unmut auszudrücken und Änderung herbeizuführen ist, wirklich nicht zur Wahl zu gehen. Allerdings sollten Sie dann mit dem Makel leben können, dass Sie dadurch angeblich ein antidemokratisches Verhalten unterstützen. Sie können natürlich auch eine Außenseiter-Partei wählen, von der Sie den Eindruck haben, dass diese im Verfälschungsgrad noch nicht soweit fortgeschritten ist, nur welche Partei hat „keinen Dreck am Stecken“ wie der Volksmund sagt?

Vielleicht denken Sie nun, dass dieses Verhalten einem Aufruf zur Anarchie gleichkommt. Ich denke jedoch, dass dies die einzige Möglichkeit ist, Veränderung auf friedvolle Weise herbeizuführen. Wichtig ist hierbei, dass wir diese Situation an Stelle von Wut und Ärger, dafür mit Zuversicht und Gelassenheit nähren. Das bestmögliche Endresultat werden wir dann erzielen wenn wir im Geiste engagiert sind, uns sonst aber friedvoll und heiter verhalten.

### ***BRD ein Besatzerstaat - Demokratie Fehlanzeige***

1919 entsteht im 2. Deutschen Reich die Weimarer Republik nach dem zuvor Kaiser Wilhelm II. abgedankt hatte. Am 11.8.1919 tritt die Weimarer Verfassung in Kraft. Laut Präambel wird die Verfassung vom Volk bestimmt. Artikel 1 besagt: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Beim 2. Deutschen Reich handelt es sich also um eine Demokratie.

Am Ende des 2. Weltkrieges begab sich eine deutsche Delegation in das Hauptquartier der Alliierten Streitkräfte - kurz SHAEF (Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force) genannt – in das Französische Reims. Dort erfolgte am 8. Mai 1945 die bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht, was auch das Ende des so genannten 3. Reiches bedeutete. Es ist der Beginn des Waffenstillstandes zwischen



den Alliierten und dem Deutschen Reich. Die Alliierten besetzen Deutschland und übernehmen die Macht. Der Oberbefehlshaber der amerikanischen Streitkräfte in Europa ist General Dwight D. Eisenhower, in Personalunion auch oberster Befehlshaber der Alliierten Streitkräfte. Mit Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation am 15.11.1944 treten die SHAEF-Gesetze in Kraft.

Die Alliierten definieren Deutschland: Artikel VII, Abs. 9c: *Deutschland bedeutet das Gebiet des Deutschen Reiches, wie es am 31. Dezember 1937 bestand hatte. ... Die Regierungen des Vereinten Königreiches, der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Provisorischen Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die oberste Regierungsgewalt in Deutschland einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, ... Die Übernahme ... der besagten Regierungsgewalt und Befugnisse bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands*

Am 1.7.1948 erfolgt auf Anweisung der Militärgouverneure eine Einberufung einer Verfassung gebenden Versammlung. Dokument Nr.III regelt die Grundsätze eines Besatzungsstatus. §A: *Die Militärgouverneure werden der deutschen Regierung Befugnisse der Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtssprechung gewähren und sich solche Zuständigkeiten vorbehalten, die nötig sind, um die Erfüllung des grundsätzlichen Zwecks der Besatzung sicherzustellen ... um die Militärgouverneure in die Lage zu versetzen: a) Deutschlands auswärtige Beziehungen vorläufig wahrzunehmen und zu leiten.*

Es kommt klar zum Ausdruck, dass das 2. Deutsche Reich weiter besteht, dennoch die Alliierten die Regierungsgewalt in Deutschland übernehmen. Die Alliierten werden noch deutlicher in ihrer Proklamation Nr.1, Artikel 1: *.. Weder die Nationalsozialisten noch die Alliierten haben zu irgendeinem Zeitpunkt das (2.) Deutsche Reich oder seine Verfassung aufgelöst oder für nichtig erklärt. ... Die von den Nationalsozialisten erlassenen Gesetze wurden aufgehoben. Die*

*Weimarer Verfassung gilt wieder in ihrer Fassung vom 30. Januar 1933, vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler.*

Das ist doch eine klare Ansage, rechtlich gilt die Verfassung vom 30. Januar 1933 des 2. Deutschen Reiches. Nach dem Wortlaut unserer Besatzer hätte jetzt eigentlich das 2. Deutsche Reich wieder ausgerufen werden müssen, doch Reichspräsident und Großadmiral Dönitz wurde durch die Alliierten verhaftet und an der Ausübung seiner ihm zustehenden Rechte, der Proklamation des 2. Deutschen Reiches gehindert, was völkerrechtswidrig war und immer noch ist. Die Alliierten halten bis heute - mehr denn je - an ihrer Machtbefugnis und Gewalt im besetzten Deutschland fest.

Wenn die Alliierten selbst sagen: „*Die Weimarer Verfassung gilt wieder in ihrer Fassung vom 30. Januar 1933, vor der Ernennung Hitlers zum Reichskanzlers*“, mit der Verfassung des 2. Deutschen Reiches, dann ist ihre ausgeübte Besatzung ein Rechtsbruch ihrer eigenen, von ihnen erlassenen Gesetze und ein Bruch des Völkerrechts.

Wichtig ist, dass wir den Begriff „Grundgesetz“ und „Verfassung“ näher betrachten. Man hat uns all die Jahre glauben lassen, dass das deutsche Grundgesetz (GG) eine Verfassung sei. Doch das sind zwei völlig unterschiedliche Dinge. Man kann nicht von einer Verfassung sprechen, nur weil dort dieses Wort enthalten ist. Eine Verfassung muss den Charakter eines freien Willens und Selbstbestimmtseins eines Volkes widerspiegeln. Wenn dies nicht der Fall ist, handelt es sich um „Organisation“ - wie in unserer gegenwärtigen BRD und nicht um „Konstitution“ - wie in einem Rechtsstaat. Eine Verfassung ist die Gesamtentscheidung eines freien Volkes über die Formen und die Inhalte seiner politischen Existenz. <sup>[1][1][1]</sup><sub>[SEP][SEP]</sub> Eine solche Verfassung ist die Grundnorm eines demokratischen Staates, sie bestimmt in letzter Instanz ohne dass Dritte miteinbezogen werden. Nichts steht über ihr, niemand kann sie außer Kraft setzen, niemand kann sie ignorieren. Bei einem Grundgesetz handelt es sich hingegen um ein Regelwerk das von den Besatzern eines Landes erlassen wurde.

In unserem Grundgesetz (GG) sind lediglich die „Grundsätze eines Besatzungsstatutes“ festgehalten. Das GG entstand ohne die Mitwirkung deutscher Parlamentarier, der vorgelegte Text musste von ihnen ohne Änderungen vornehmen zu können, unterzeichnet werden. Unser Grundgesetz ist ein Regelwerk, das von Besatzern eines Landes erlassen wurde und den Besatzungsstatus regelt. Wir Deutsche besitzen damit lediglich innerhalb bestimmter Bereiche ein stark eingeschränktes Recht auf Selbständigkeit - nicht auf Selbstbestimmung. Die Besatzungsmächte halten sich hingegen eine ganze Reihe von Sachgebieten und Befugnissen vor, so dass teilweise für den Bürger mehr Einschränkungen als Rechte bestehen. Entscheidende Staatsfunktionen werden uns untersagt, so: Auswärtige Beziehungen, freie Ausübung der Wirtschaftspolitik. Legislative (gesetzgebende Gewalt), Exekutive (vollziehende Gewalt), Judikative (rechtsprechende Gewalt) sind Einschränkungen unterworfen, so dass in jedem Fall die Besatzer das letzte Wort haben. Deutsches Recht ist darüber hinaus für sie nicht bindend. Gleichgültig was sie auch tun stehen sie über unserem Recht. Aus diesem Grunde ist es später deutschen Organen nur selten möglich, bei Attentaten und bestimmten Verbrechen, wie zum Beispiel den Oktoberfestanschlag oder die Ermordung Alfred Herrhausens und Karsten Detlev Rohwedders, Ermittlungen zu Ende zu führen und mit den wirklichen Erkenntnissen an die Öffentlichkeit zu gehen.

Die Alliierten sagen selbst in ihrer Proklamation Nr.1, Artikel 1: ... *Weder die Nationalsozialisten noch die Alliierten haben zu irgendeinem Zeitpunkt das Deutsche Reich oder seine Verfassung aufgelöst oder für nichtig erklärt*, das 2.Deutsche Reich besteht demnach bis heute fort, was bedeutet, dass die BRD demnach nicht berechtigt ist in irgendeiner Form für Deutschland oder das deutsche Volk Verträge abzuschließen, zum Beispiel den Beitritt in die Europäische Union zu beschließen, usw. Darüber hinaus können nach geltenden EU-Statuten auch nur souveräne Staaten Mitglied in der EU werden und die BRD ist kein souveräner Staat. Dies alles sind rechtlich unumstößliche Tatsachen, die auch von kaum jemand bestritten werden, dennoch handeln alle rechtswidrig und

tun so, als gäbe es diese klare Rechtslage überhaupt nicht. Die Politiker, die dieses dennoch tun, begehen Hofverrat, und ich bin sicher, dass sie eines Tages dafür zur Rechenschaft gezogen werden.

Quelle: Magazin 2000, August 2010

*... Die US-Hörige Dr. Angela Merkel hat auf Befehl von David Rockefeller auf dem 60. Jahrestag der CDU-Gründung im Juni 2005 erklärt, wir Deutschen hätten kein Recht auf eine demokratische Verfassung.* Das sagte sie vor der Bundestagswahl 2005. Wären die Medien ihrer Pflicht nachgekommen und hätten damals wahrheitsgemäß darüber berichtet, so wäre Frau Merkel mit Sicherheit nicht zur Kanzlerin gewählt worden.

### ***Gerechtigkeit im Namen des Volkes***

Ein Spiegel des Geborgenseins in einem Staat ist auch die soziale Gerechtigkeit gegenüber dem eigenen Volk. Wie gut es um diese in Deutschland gestellt ist konnte jeder am 29. November 2006 in der 19 Uhr-Ausgabe von ZDF-heute sehen. Zuerst kam die Meldung: Laut Bundessozialgericht in Kassel müssen Rentner die Beiträge zur Pflegeversicherung nun in voller Höhe aus eigener Tasche zahlen ohne den früheren Zuschuss des Rentenversicherungsträgers. Vater Staat hat damit neben Jahre langen Nullrunden den Rentnern nun auch die Beiträge zur Pflegeversicherung ganz alleine aufgebürdet. Die Richter meinten: „Gemessen am Gesamtinteresse sei das finanzielle Opfer für die Rentner noch verhältnismäßig“, dies bedeutet bei 1.000 Euro Rente rund 120 Euro pro Jahr weniger in der Tasche. Der nächste Bericht handelte von Deutschlands spektakulärstem Wirtschaftsstrafverfahren:

Im Mannesmann-Prozess hat das Düsseldorfer Landgericht heute im spektakulären Wirtschaftsstrafverfahren um die umstrittenen Prämien, die sich Manager nach der Übernahme durch Vodafone genehmigt hatten, eingestellt. Die Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts folgte damit den Anträgen der Verteidigung. „Die Angeklagten müssen allerdings viel Geld bezahlen“, so die Ansage des Heute-Sprechers. Am

meisten der Deutsche Bank Chef Ackermann mit 3,2 Millionen Euro. Den früheren Mannesmann-Chef Klaus Esser kostet die Verfahrenseinstellung nur noch 1,5 Millionen Euro, das entspricht nicht mal einem Zehntel der Abfindung (für was?), die sie sich selbst genehmigt hatten. Die Angeklagten gelten somit als unbescholtene, nicht vorbestrafte Bürger. Der Richter hatte das Verfahren mit der Begründung eingestellt, „da kein öffentliches Interesse an einer weiteren Strafverfolgung bestehe und der Einstellung auch keine besonders schwere Schuld der Angeklagten entgegenstehe.“ In diesem Verfahren ging es um Sonderprämien von knapp 60.000.000 Euro, die der Vorstand sich für den Verkaufsdeal selbst genehmigt hatte. Angestellte, Aktionäre und die Bevölkerung sahen darin eine skrupellose Bereicherung. Vorausgegangen war 2004 im ersten Prozess - ebenfalls vor dem Düsseldorfer Landgericht - ein Freispruch, der jedoch vom Bundesgerichtshof in einem nachfolgenden Verfahren aufgehoben wurde. Doch dieser Schönheitsfehler hinderte die Düsseldorfer Richter nicht, erneut ein für die Allgemeinheit nicht nachvollziehbares Urteil zu sprechen.

Von der Politik und in den Medien wurde weitest gehend die Meinung verbreitet, dass es sich um ein gerechtes Urteil handle, denn „die Einstellung bedeute nicht, dass die Beschuldigten nicht zur Rechenschaft gezogen worden seien.“ Ich weiß nicht wie Politiker, Richter und Medien zu einer solchen Bewertung gelangen können. Im Allgemeinen gilt doch das Wiedergutmachungsprinzip und dass der Täter keinen Vorteil aus seiner Tat ziehen darf. Beide Grundsätze sind hier auf das Größte verletzt worden. Zurückzahlen musste keiner der Angeklagten etwas. In der Zwischenzeit haben die gewaltigen Summen sich so vermehrt, dass selbst nach Abzug der gerichtlichen Anordnung jedem Angeklagten, mehr als der volle Betrag verbleibt.

Für die Begründung dieses Urteils führten die Richter mehrere Argumentationen an: - Dass sie keinen Bedarf sehen ein unrechtmäßiges Verhalten der Angeklagten zu klären. Dass kein öffentliches Interesse mehr an der Fortsetzung des Verfahrens bestehen würde und - dass das

Strafgesetzbuch hierfür höchstens 720 Tagessätze zu je 5.000 Euro - also maximal 3,6 Mio. Euro Strafe - unter Berücksichtigung der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse vorsieht. Die Frage ist, die sich der gewöhnliche Bürger stellt - der für sein immer geringer werdendes Einkommen immer mehr arbeiten muss - warum wurde dann bei Ackermann, dessen Jahreseinkommen so bei etwa 20.000.000 Euro liegt, nicht der volle Satz von 3,6 Millionen Euro, sondern nur 3,2 Millionen Euro verlangt? Ständen die Richter dem Angeklagten gar eine Flatrate zu? Völlig unverständlich wird diese Rechnung, wenn man die richterlichen Geldauflagen für Esser und die anderen Mitangeklagten betrachtet, die kamen deutlich unter der gesetzlich möglichen Höchstgrenze davon.

Für mich ist dieses Geschwätz von richterlicher Höchstgrenze usw. nichts anderes als eine Verdummung des Volkes - ja ein richterlich sanktionierter Betrug am Volk. Der 76-jährige Jura-Professor Claus Roxin aus München meinte hierzu: Die Einstellung eines Strafprozesses kommt der Rechtsverweigerung gleich, ... die hinter verschlossener Tür ausgehandelten Auflagen entzögen sich jeder Kontrolle und Anfechtbarkeit. Dem Gericht werde damit die Möglichkeit genommen, sorgfältig zu ermitteln. In der Öffentlichkeit entstehe der Eindruck, man könne sich freikaufen, wie etwa im Mannesmann-Prozess. Roxin hält die Absprache einer Strafobergrenze, weil sie leitende Grundsätze des Rechts verletze, für schädlich.

Am 10. März 2010 berichtete die *Augsburger Allgemeine*:  
Manipulierte Briefmarke bringt Häftling vor Gericht.

*Weil er auf einem Brief an seine Frau eine bereits zuvor verwendete und manipulierte Briefmarke klebte, muss sich ein Häftling der Justizvollzugsanstalt Kaisheim (Donau-Ries-Kreis) vor dem Amtsgericht Augsburg wegen versuchten Betrugs verantworten. Ein Prozess sei trotz des geringen Schadens von 55 Cent unabwendbar, so Roland Fink,*

*Pressesprecher des Gerichtes. Es handele sich um eine Straftat und der Mann habe wiederholt gegen das Gesetz verstoßen. Der 27-Jährige wird wohl noch länger Briefe an seine Frau schreiben müssen.*

Man fragt sich, was geht in den Köpfen des anklagenden Staatsanwaltes und des anzeigenden Leiters der Vollzugsanstalt vor? Haben diese Herren zu wenig Arbeit, dass sie sich mit solchen Peanuts auseinander setzen oder haben diese gar den Auftrag so zu handeln, um das normale Volk unterschwellig auf die irgendwann kommende „Null-Toleranzgrenze“ vorzubereiten, was ja auch gleichzeitig signalisiert wie wenig zimperlich man mit Aufmüpfigen umgehen wird?

Am 25. Februar 2009 berichtete die *Augsburger Allgemeine*:  
Gericht: Berlinerin ist zu Recht ihren Job los.

Die 50-jährige Barbara E. die seit 31 Jahren für Kaiser's als SupermarktkassiererIn arbeitete, hatte zwei Coupons mit zusammen 1,30 Euro Pfandgeld an sich genommen, die ein unbekannter Kunde liegen lassen hatte. Der Konzern hatte darauf Barbara E. auf Verdacht hin fristlos gekündigt. Der wahre Grund dürfte aber ihre Beteiligung bei Streikaktionen des Einzelhandels gewesen sein.

Das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg bestätigte die fristlose Kündigung in zweiter Instanz: Mit dem Diebstahl zweier Leergutbons über 48 und 82 Cent sei das Vertrauensverhältnis zwischen dem Arbeitgeber, der Kaiser's Tengelman AG, und ihr nicht mehr gegeben, urteilte die 7.Kammer. Gerade bei einer KassiererIn müsse Redlichkeit vorausgesetzt werden.

Die soziale Existenz und Zukunft einer KassiererIn die 31 Jahre für Kaiser's gearbeitet hat, wiegt demnach weniger als das Eigentum eines unbekanntes Kunden welcher Coupons über 1,30 € Pfandgeld hatte liegen lassen. Haben Sie nicht auch den Eindruck dass soviel höchst richterliches Argumentationsgewäsch, das sich nicht mehr an der

Verwerflichkeit einer Tat orientiert, für den Bürger nicht mehr nachvollziehbar ist? Wenn die Düsseldorfer Richter im Mannesmann-Prozess und die Richter des Landesarbeitsgerichts Berlin-Brandenburg, jeweils die andere Argumentation übernommen hätten, wären Urteile zustande gekommen die durchaus das Prädikat „gerecht“ verdient hätten. Ihr Richterspruch hätte dann lauten müssen:

Mit dem Diebstahl (sagte der Manager) sei das Vertrauensverhältnis nicht mehr gegeben, Gerade in einer solch verantwortungsvollen Position müsse Redlichkeit vorausgesetzt werden.

Es besteht kein öffentliches Interesse an einer weiteren Strafverfolgung der Kassiererin, auch weil keine besonders schwere Schuld der Angeklagten entgegensteht. Es erfolgt daher die Einstellung des Verfahrens.

Doch nachdem die Urteile von ihrer Begründung her genau anders herum gesprochen wurden, erhärtet sich der Eindruck dass man die Kleinen wegen Pfennigen hängt, während man die Großen mit Millionen laufen lässt. Kann es sein, dass in deutschen Landen vor Gericht bestimmte „Kasten“ gleicher sind? Ich denke, dass solche Ungerechtigkeiten durchaus vom Establishment gewollt sind. Zeigt es doch zu einem, dass willige Diener von System großzügig geschützt werden und die Masse der Bevölkerung einer gewollten Gehirnwäsche unterzogen wird, die dem Einzelnen nicht mehr erkennen lassen was recht und was falsch ist. Solch schizophrene Situationen sind durchaus gewollt und tragen mittelfristig dazu bei dass keine weiteren Fragen mehr gestellt werden und nur noch den Vorgaben der Administration folge geleistet wird, - sie wird es schon richten.

Eigentlich hatten die Bürger erwartet, dass bei solch gigantischen Betrügereien endlich mal ein Signal gesetzt wird. Denn seit den frühen sechziger Jahren, als ein cleverer Bayerischer Ministerpräsident das Sagen hatte, ging es mit der Moral in deutschen Landen schnell bergab und mit der Selbstbereicherung in Politik und Wirtschaft schnell



bergauf. Ja, die richterlichen Signale sind unterschiedlich und dennoch eindeutig. Für das gewöhnliche Volk gilt richterlich sanktioniert den Gürtel künftig noch enger zu schnallen und für die, die bereits soviel haben, dass sie es selbst gar nicht mehr ausgeben können, die dürfen weiterhin und jetzt auch richterlich sanktioniert sich noch ungenierter bereichern.

Schaut man sich diese beiden Urteile nur eines einzigen Tages an ist unschwer zu erkennen, dass eine Entwicklung zu einem zwei Klassen Staat stattfindet und das schon seit geraumer Zeit.

Einen Tag später ging die Meldung über die Medien, „Zweidrittel aller Beschäftigten erhalten 2006 keine Weihnachtsgratifikation“, - na dann frohe Weihnacht. Zumindest Ackermann und Konsorten brauchen sich da keine Gedanken zu machen ob ihr Gabentisch gedeckt ist.

### ***Unsere gegenwärtige Situation***

Die Deutschen geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Steuern an die öffentliche Hand aus ohne dass die Bürger diesem Verfahren jemals zugestimmt hätten. Auch zeigt sich die letzten Jahre immer mehr, dass ein Schutz des Gemeinwohls durch das Grundgesetz nicht mehr gewährleistet ist. Dem gewöhnlichen Bürger werden zustehende Leistungen mit dem Argument der „Zumutbarkeit“ versagt, während Selbstbedienung und Betrug in Millionen und Milliardenhöhe in den Vorstandsetagen gesetzlich sanktioniert werden. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass ein ausgewogenes „Geben“ und „Nehmen“ nicht mehr dem Zeitgeist entspricht. Inzwischen haben viele multinationale Konzerne die Ausbeutung des Bürgers zum obersten Ziel erklärt. Unter staatlicher Aufsicht kann ein Unternehmen heute fast jeden Preis für Strom, Gas und Kraftstoffe verlangen auch wenn sich diese Preissteigerung rechnerisch nicht nachweisen lässt. Mit Medikamenten und einigen anderen Dingen ist es das Gleiche.

Der Bürger muss fortlaufend für sein gesamtes Einkommen immer wieder Steuern bezahlen. Wenn er sich für die „alten Tage“ etwas auf

die hohe Kannte gelegt hat, muss er auch das noch mal versteuern. Wer ein Häuschen besitzt muss dafür Grundsteuer bezahlen, obwohl ihm das bereits gehört und auch mit Geld bezahlt wurde für das er bereits ebenfalls schon Steuern entrichtet hatte. Allgemein hält man solche Zustände nur in einer Bananenrepublik für möglich, nur sind dort diese Dinge weniger gut organisiert und die dort abkassieren sind mit deutlich weniger zufrieden als der Staat bei uns.

Für gewöhnlich macht man sich über solche Tatsachen keine Gedanken mehr, denn man ist ja irgendwie längst Bestandteil des Systems. Doch erst viel später, wenn wir im Ruhestand sind und nicht mehr gezwungen sind uns gebetsmühlenartig mit Existenz- und Geschäftsproblemen zu befassen, fangen wir vielleicht an die Richtigkeit einiger Dinge zu hinterfragen. Zuerst ist es eine Vermutung und nach einigen Überlegungen Gewissheit, dass unser Gesellschaftssystem nicht geeignet ist unsere Probleme und die Probleme der Menschheit grundlegend zu ändern. Im Gegenteil, man kommt sehr schnell zu der Erkenntnis, dass die Probleme erst durch das System geschaffen wurden. Sie fragen sich vielleicht, welche Alternative hätten wir denn, das sozialistische System ist doch noch viel ungeeigneter als das sich selbstregulierende kapitalistische? - Das zumindest hatte man den meisten unserer Zeitgenossen erfolgreich ins Gehirn implementiert, so dass wir ohne Zweifel dies als Wahrheit akzeptieren ohne jedoch selbst dessen Richtigkeit hinterfragt zu haben.

Wenn wir uns solche Tatsachen ins Bewusstsein rufen kommen wir uns doch wie ein Esel vor, dem man an einer Stange ein Bündel Futter vorhält das er eigentlich nie erreichen kann, gleichgültig wie schnell er auch läuft. Ja, ich denke - die verschiedenen sozialistischen Systeme waren nicht viel schlechter als das was wir haben, nur gab es dort zu viele Leute die das Sagen, aber keine Ahnung hatten. Wenn ein verantwortungsvoller Politiker dem Land vorstand, der nicht durch „westlichen Einfluss“ an die Macht gekommen war, funktionierte es sehr gut, wie zum Beispiel damals in Tansania. Anfang der 60er Jahre war dort Julius Nyerere zum Premierminister gewählt worden. Aber die

Welthandelsbank sorgte damals - wie in allen anderen Fällen auch heute noch - durch Boykott und Gewalt dafür, dass es keinen Erfolg in seinem Land gab und geben durfte. Denn Tansania weigerte sich den kapitalistischen Vorgaben des Westens zu folgen, wodurch ein Boykott verhängt und Tansania von allen Märkten abgeschnitten wurde.

Die Erkenntnis daraus ist doch, dass es primär nicht am System liegt, gleichgültig ob es sich sozialistisch oder kapitalistisch nennt. Der Erfolg ist doch davon abhängig ob geheime, übergeordnete Strukturen - wie der IWF oder die Weltbank der Rockefeller und einiger europäischer Adelsfamilien - hier gewaltsam Einfluss nehmen. Diese Länder werden vom Establishment gezwungen, mit Krediten die Infrastruktur zur Ausbeutung ihres Landes zu erstellen, von der der gewöhnliche Bürger kaum einen Vorteil hat. Als Sicherheit für diese Kredite übereignen die Länder den westlichen Banken dann ihre Bodenschätze, das Einzige das sie noch besitzen. Doch die Kredite für die Infrastruktur zahlen nicht etwa die Nutznießer, die westlichen Konzerne, nein - die muss das Volk bezahlen und oft noch dazu für die Devisen aufkommen, die die internationalen Konzerne für Kraftstoffe und Energie benötigen. Doch diese Last kann kein Land schultern, worauf das verpfändete Tafelsilber wie geplant in den Besitz der Banken fällt. Damit auch die Rahmenbedingungen für die Ausbeutung im Land weiterhin unternehmerfreundlich bleiben, werden zeitweise Regierung oder Opposition mit geheimen Geldern unterstützt. Es werden auch beide Augen zugedrückt wenn internationale Gelder in dunklen Kanälen versickern und Oppositionelle umgebracht werden. Denn dies schafft optimale Voraussetzungen für ein optimales Betriebsergebnis.

Auf nationaler Ebene wählen wir zur Lösung unserer Probleme alle paar Jahre Politiker. Sie Versprechen uns für den Fall, dass sie mit unserer Hilfe gewählt werden, die bestehenden Ungerechtigkeiten zu beseitigen und vieles besser zu machen. Doch sobald sie gewählt sind, ist es nach sehr kurzer Zeit wieder so, wie es vorher war - es bleibt mehr oder weniger alles beim Alten oder wurde gar noch schlimmer.

Dass Politiker mit doppeltem Standard arbeiten - dieses sagen und jenes tun - zeigt sich auch immer wieder in den unzähligen Talkshows an denen Politiker allzu gerne teilnehmen. Man könnte fast in Begeisterung geraten, wenn man ihre gut fundierten Aussagen in den Diskussionsrunden vernimmt. Man hat den Eindruck, sie kennen die Probleme an der Basis und suchen über Parteigrenzen hinweg nach Lösungen. - „Über die Parteigrenzen hinweg“ ist eigentlich ein dummer Satz, als ob ein Problem aufhören würde zu existieren, nur weil es von einer anderen Partei wahrgenommen wird - aber ist nicht unsere politische Kultur so ausgerichtet, dass die Linken ein Problem sehen, während die Rechten alles ganz normal finden und umgekehrt? Besteht unser Land nicht aus einem Volk, dem gedient werden sollte? Doch wenn die Menschen Jahre später die längst überfälligen, verwässerten politischen Entscheidungen zum jeweiligen Thema vernehmen, verstehen sie die Welt nicht mehr. Keines ihrer Probleme wurde wirklich gelöst - im Gegenteil, die jeweilige Situation hat sich inzwischen meist noch verstärkt. Doch dieses von Flickwerk geprägte Verhalten unserer Parlamentarier ist nicht etwa angeboren oder ein Gendefekt. Nein, denn es gibt durchaus auch über diese politischen Grenzen hinweg positive, einvernehmliche Entscheidungen. Man könnte es auch ein Phänomen nennen - dann wenn es um die Versorgung unserer Parlamentarier oder die Monopolisierung der Märkte geht, dann werden Entscheidungen zeitnah und ohne ernsthaften Widerstand getroffen und umgesetzt. Das zeigt, dass unsere Parlamentarier zumindest zeitweise zielgerichtet arbeiten können. – Ein Schelm der dabei böses denkt und dahinter nur den Vorteil der Politiker vermutet.

Deutschland ist gemessen an den politischen Führungspersönlichkeiten - abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen - an der Talsohle angelangt. Meine persönliche Bewertung ist, dass fast alle Politiker penetrant Macht geil sind. Durch ihre verdeckte Arbeit für andere Interessengruppen sind die meisten zu einer korrupten und kriminellen Spezies mutiert. Man braucht hierzu nur die Tageszeitung aufschlagen, zwei bis drei Berichte über fragwürdige Machenschaften von Politikern findet man dort fast jeden Monat. Am 13. Februar 2008 - gerade als ich

diesen Abschnitt überarbeite - kam in den Nachrichten: Der Chef der Post, der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post World Net, Klaus Zumwinkel wird der Steuerhinterziehung in Millionenhöhe beschuldigt. Zu diesen Erkenntnissen gelangten die Behörden nicht durch eigene Recherchen, der Staatsanwaltschaft wurde eine umfangreiche Daten-CD zugespielt. Eigentlich sollten Diener des Staates ein gutes Vorbild sein, denn solches Verhalten unterminiert die Entwicklung der heranwachsenden Generationen. Den Jugendlichen wird dadurch suggeriert, dass mit ehrlicher Arbeit kein Blumentopf mehr zu gewinnen ist. Wenn du aber was aus dir machen willst, musst du in die Politik oder in mit ihr verbundene Institutionen gehen, dann bist du gut versorgt und hast immer mehrere Optionen offen. Du kannst auch Superlative Aussagen treffen und brutalst mögliche Aufklärung fordern oder dich einfach nicht mehr an Vorgänge erinnern können. Du kannst auch bewusst die Unwahrheit sagen, wichtig ist nur, dass du immer lächelst so als wäre nie etwas gewesen.

Von sich aus ist unsere Politik nicht mehr in der Lage, die Probleme unseres Landes wie der gesamten Welt zu lösen und die notwendige Korrektur und Selbstreinigung herbeizuführen. Bei allen Entscheidungen werden doch zuerst die Interessen anderer bedient, das was dann noch übrig bleibt wird dem Bürger als Reform verkauft. Dank dieser Lobby-Arbeit wurden inzwischen Kartelle, Institutionen, Gesetze und Vorgaben geschaffen, die fast ausschließlich zum Nachteil der Bürger gereichen. Die Politik hat anschließend kein Problem, solche Entscheidungen dem Bürger dann als große Errungenschaft zu verkaufen. Ich möchte hier nur ein kleines Beispiel aus der „großen Gesundheitsreform“ anführen das aufzeigt, wie gegen die Interessen der Bürger - zum Wohle einer anderen mächtigen Gruppe - verfahren wurde.

Die Kosten für Zahnersatz wurden früher in einem Heil-und-Kostenplan auf 100 Prozent-Basis fixiert, wovon dann dem Patienten von der Krankenkasse zum Beispiel 80 Prozent erstattet wurde. Diese Regelung hatte den Vorteil, dass der Zahnarzt bestimmte Kostenobergrenzen nicht

überschreiten konnte, tat er es dennoch, hatte dieser Probleme mit der Krankenkasse. Doch seit der „großen Gesundheitsreform“ darf der Zahnarzt den Kassenpatienten nun mit amtlicher Zustimmung richtig abzocken und beim teuren Zahnersatz gar als Privatpatient behandeln. Durch diesen erlaubten Trick können jetzt alle Leistungen mit dem dreieinhalb- bis über fünffachem des Gebührensatzes abgerechnet werden. Auch die Laborleistungen unterliegen keiner Obergrenze mehr. Von der gesetzlichen Krankenkasse hingegen erhält der Patient nach wie vor in etwa nur den früheren Betrag erstattet, wodurch sich die Kosten inzwischen vervielfacht haben. Die Kasse interessieren die exorbitanten Aufschläge mancher Zahnarztrechnungen nicht mehr, weil diese ja nur den ursprünglich bescheidenen Festbetrag erstatten muss. Bei Stundensätzen oberhalb von 500 Euro sind jetzt in deutschen Zahnarztpraxen Rechnungen zwischen 10.000 und 30.000 Euro für Zahnersatz tägliche Praxis. Wer gar damit rechnete, einen Großteil seiner Rechnung von der Krankenkasse bezuschusst oder gar vom Finanzamt erstattet zu bekommen der befindet sich auf dem Holzweg. Bei der Krankenkasse ergeben die obigen Beträge einen Zuschuss zwischen Null und 1.000 Euro - beim Finanzamt ist es meist nicht besser. Wer wenig verdient, der kann das Geld für eine teure aber notwendige Zahnsanierung nicht mehr aufbringen und wer mehr verdient, dem verhindern hohe zumutbare Belastungen eine angemessene steuerliche Rückerstattung. Wenn der Patient schon die Kosten übernehmen muss, die vorher vom Sozialsystem getragen wurden, dann sollte der Staat zumindest so fair sein und dem Patienten dafür Steuerfreiheit gewähren und nicht überproportional - durch Lohn-Umsatz- und Mehrwertsteuer - noch am Elend der Leute noch zu verdienen. Doch durch die Regelung der „großen Gesundheitsreform“ verdient der Staat jetzt obendrein noch prächtig mit. Die Folge ist, dass sich immer weniger einen Zahnersatz leisten können – wo von auch? Das nenne ich eine wirklich soziale verantwortungsvolle Politik. Der Bürger hat nicht erwartet, dass die „große Gesundheitsreform“ eine finanzielle Entlastung bringt. Er hat aber auch nicht erwartet, dass seine Interessen mutwillig verkauft werden und er zum Objekt einer zahnarztmäßigen wie staatlichen Abzocke wird.

Einen anderen Punkt der maßlosen Selbstbereicherung erleben wir auf dem Energiesektor, dank bereitwillig von der Politik veräußerter Staatsanteile und von der Politik geschützter Kartelle. Unsere Kartellbehörden sehen keine Möglichkeit des Einschreitens, auch wenn Kostenrechnungen mit Luftnummern als Basis für Erhöhungen dienen. Von der Rechtsprechung erhalten abgezockte Bürger für gewöhnlich in solchen Fällen kaum Hilfe, geht es doch nicht um die Absicherung von gehobenen Beamtenpensionen. Der Bürger fragt sich von Zeit zu Zeit, warum und wofür halten wir uns eine solch hochbezahlte Truppe von Staatsdienern, gäbe es doch bei Wegfall ihrer Gehälter zumindest einen deutlichen Einspareffekt. Doch damit dem Bürger solch unterlassenes Handeln nicht so schnell bewusst wird, gibt es von Zeit zu Zeit Aktionen des Kartellamtes, die seine Existenz dringend erforderlich erscheinen lassen. Wie zum Beispiel am 11. Februar 2008, als verkündet wurde, die gerade angekündigte Verteuerung von Schokolade um circa 10 Prozent in einem Verfahren untersuchen zu wollen. Ich denke man braucht kein Fachmann zu sein um das Ergebnis vorauszuahnen - durch die gestiegenen Energie- und Rohstoffpreise - was ja tatsächlich so ist - konnte keine ungerechtfertigte Verteuerung festgestellt werden. Auch die Blockadeaktion einiger Milchbauern in Süddeutschland, die die Zufahrt zu einigen Molkereien verhinderten, rief das Kartellamt im Sommer 2008 auf den Plan, das die Rechtmäßigkeit dieser Aktion prüfen werde. – Es ist gut zu wissen, dass wir diese hoch spezialisierte Behörde des Kartellamts haben, die wirklich aufpasst, dass zumindest die Schokoladenpreise stimmen und die Zufahrten zu den Molkereien freigehalten werden!

Die *Augsburger Allgemeine* schreibt am 24. Mai 2007:

Wer kassiert beim Spritpreis?

Kartellamt: Kein Hinweis auf Abzocke

*Die hohen Benzinpreise in Deutschland sind für das Bundeskartellamt kein Grund, einzuschreiten. Keiner der großen Mineralölkonzerne beherrsche den Markt. Preisabsprachen ließen sich nicht nachweisen, sagte die Sprecherin. ... Der Preis für Superbenzin hatte am Dienstag*

*im bundesweiten Durchschnitt mit 1,43 Euro je Liter den Jahreshöchststand erreicht. Nach einer Übersicht des Energieinformationsdienstes (EID) liegen die Benzinpreise im europäischen Vergleich ohne Steuern im unteren Bereich. Mit Steuern gehört Deutschland zu den teuersten Ländern. „Der Vorwurf, die Konzerne würden an den Tankstellen kassieren, ist nicht haltbar“, sagte EID-Herausgeber Elfert.*

Dann ist ja alles gut, wenn sich Preisabsprachen nicht nachweisen lassen und Preiserhöhungen um 20 Cent je Liter nicht zu beanstanden sind. Ich hatte immer gedacht, dass die Mineralölkonzerne ihre Preisgestaltung nachweisen müssen - und sind nicht die Preise am Spottmarkt gar gefallen, während sie an den Tankstellen schon vor Monaten drastisch gestiegen sind? Warum gestatten wir uns eigentlich den Luxus einer Kartellbehörde, wenn diese nur einen Grund zum Handeln sieht, wenn ein Konzern einen Marktanteil von über 50 Prozent erreicht hat? Dabei weiß doch jeder, dass schon Marktanteile um die 25 Prozent Markt beherrschend sind. Die zwei oder drei Konzerne, die sich auf dieser Ebene tummeln, haben doch nur noch das Interesse den Preis hochzuhalten und dazu bedarf es nicht einmal einer Absprache.

Nein, unser politisches System ist kein Diener des Volkes mehr, sondern hat schon längst den Zenit der Dekadenz überschritten, es leistet nur noch Zuarbeit für jene, die den Kragen auch weiterhin nicht voll bekommen und deren Interessen es zu wahren gilt. Die Interessen der breiten Gesellschaft - oder sollte ich besser des Volkes – sagen sind ihnen, abgesehen vom Wahltag völlig gleichgültig.

Glaubt man den politisch Verantwortlichen, so hat sich in den letzten Jahren der Bürger zum potentiellen Staatsfeind Nr.1 entwickelt. Daher ist für die Regierung jede erdenklich vorausseilende Maßnahme legitim, so wie beim G8-Treffen 2007. Dort hatte die Bundeswehr gesetzwidrig im Tiefflug mit Bundeswehr-Tornados Luftaufklärung gegen G8-Demonstranten betrieben. Nach „Artikel 35“ unseres Grundgesetzes ist der Einsatz der Bundeswehr im Innland nur bei Katastrophen und humanitären Einsätzen erlaubt. Doch solch hinderliche, eingrenzende



Gesetzesvorgaben können eine zielgerichtete Regierung nicht an ihrem Handeln hindern. Man fragt sich, warum die Bundeswehr hier eingesetzt wurde, hätte man doch die gleichen Erkenntnisse durch andere, legale Maßnahmen ebenso erlangen können - was offensichtlich nicht beabsichtigt war. Auf kaltem Wege soll nach und nach das umgesetzt werden, was damals Innenminister Schäuble und andere Wegbereiter immer wieder forderten - den Einsatz der Bundeswehr gegen die Bevölkerung, was auch im Interesse der EU und besonders der USA und der dahinter stehenden Strukturen ist. Denn dann könnte ohne große Probleme zum Beispiel die deutsche Bundeswehr in Frankreich und das französische Militär in Deutschland gegen das Volk eingesetzt werden. Doch um solches zu erreichen ist es vorteilhaft, wenn vorher Präzedenzfälle geschaffen wurden. Doch hierzu müsste man zuerst die Bevölkerung auf die Straße bringen, was besonders in Deutschland nicht ohne weiteres möglich sein wird und das Ausrufen einer Demonstration provozieren. Für die weltweit vorhandenen und agierenden Spezialeinheiten kein allzu großes Problem, durch einige eingeschleuste Chaoten die Voraussetzung zur Ausrufung des Notstandes zu schaffen, womit die Legitimation für solches Handeln geschaffen wäre. In London ist man in diesem Szenario schon weiter fortgeschritten, einige Anschläge in dem Subway und am Flughafen wurden hier schon erfolgreich initiiert. Bei uns in Deutschland ist man erst bei „Szenarien wie Winnenden angekommen.“

Rainer Bonhorst schreibt in einem Leitartikel der *Augsburger Allgemeinen* im Sommer 2008:

Unser schöner, neuer Überwachungsstaat

*... Die Privatsphäre war einmal ein Grundgesetz geschütztes Gut. Es ist systematisch ausgehöhlt worden, geopfert auf dem Altar der Terrorbekämpfung und der privaten Neugier. Die Grenze zwischen vernünftigem Schutz der Bürger und übermäßigem Eindringen in ihr Privatleben ist weit überschritten. Die Chancen, dass der Respekt vor der Privatsphäre einmal zurückkehrt, sind gering. Er ist auf breiter*

*Front verloren gegangen – international, staatlicherseits, im zwischenmenschlichen Bereich und im Berufsleben. ... Und Wolfgang Schäuble muss sich vorhalten lassen, dass er die neue Überwachungs- und Datensammelkultur erst auf die jetzige Höhe der Maßlosigkeit geführt hat.*

Die Zentralisierung der Staatsgewalt in Brüssel, in der von einer Machtelite bestimmte Repräsentanten das Sagen haben ist Realität. Der europäische Bürger hat auf die Gestaltung der europäischen Politik etwa soviel Einfluss wie ein Katholik auf die Wahl des Papstes.

Verfassungsmäßige Rechte scheren unsere Politiker und Organe immer weniger. Onlinedurchsuchungen von Computern erfolgten obwohl gesetzwidrig und hierzu keine richterlichen Genehmigungen vorlagen. Wird ein solcher Rechtsbruch dann zufällig mal aufgedeckt und kommt es dann auch noch zu einem Untersuchungsausschuss, dann wird von den betroffenen Staatsdienern gelogen, dass sich die Balken biegen, oft müssen jedoch auch Erinnerungslücken erhalten. Der Bürger wundert sich, dass bei soviel Bewusstseinstrübung überhaupt noch ein Dienst möglich ist. Zum Tag der Deutschen Einheit 2006 sagte Bundeskanzlerin Merkel: Die Bundesrepublik sei ein Land, das die Freiheit in sich trägt. - Doch das Leben in Toleranz und Freiheit wird genau von jenen eingeschränkt die es eigentlich schützen sollten.

Es kommt mir schon lange so vor, als wären wir Gefangene unseres eigenen politischen Systems und der Willkür unserer Politiker ausgesetzt. Wir Bürger haben trotz des Wahlrechts keinen Einfluss mehr auf die Politik, gleichgültig welche Partei wir auch wählen. Das, was uns versprochen und später gemacht wurde sind völlig unterschiedliche Dinge. Obwohl die Steuerlast der Bürger, auch im Vergleich zu anderen Nationen, schon seit Jahrzehnten deutlich höher ist und dies auch richterlich gerügt wurde, erfolgt hier keine Änderung. Es wird von einem großen Erfolg gesprochen, wenn die Krankenversicherung um 0,5 Prozent gesenkt und gleichzeitig an mehreren anderen Stellen die

Steuern um ein Vielfaches erhöht werden. Der Bund der Steuerzahler rügt jedes Jahr aufs Neue die gigantische Verschwendung von Steuergeldern, aber nichts passiert. Unsere Volksvertreter dürfen nach Gutsherrenart tun und lassen was sie möchten ohne dass damit für sie irgendwelche Konsequenzen verbunden wären.

Momentan (November 2007) ist es Mode, auf „Teufel komm raus“ auf Kosten des durchschnittlichen Verdieners und Rentners die Staatsverschuldung zu sanieren, so als ob diese es waren, die jahrelang das Geld mit vollen Händen ausgegeben oder gar erhalten hätten. Liege ich denn so falsch wenn ich von einem Politiker erwarte, dass er im Interesse des Volkes mitdenkt, gute Vorschläge und Konzepte unterstützt gleichgültig von welcher Fraktion diese stammen. Ehrlich gesagt habe ich mit dem Verhalten unserer Politiker meine Probleme. Wenn man sie reden hört wissen sie alles besser, bringen aber - wenn überhaupt - nur Flickwerk auf unterstem Standard fertig. Viele private Haushalte stehen da vergleichsweise vor einem viel größeren Problem das sie jedoch ganz alleine zu lösen haben. Ein Familienvater geht zumindest her und analysiert sein Problem, wenn ihm nur noch eine begrenzte Menge Geld zur Verfügung steht. Er überlegt wo für er es ausgeben kann oder auch nicht und sucht nach weiteren Lösungsmöglichkeiten und Wegen der Einschränkung. Ein Unternehmen macht es auch nicht anders, es zieht Fachleute zu Rate und erwartet von seinen Mitarbeitern Einsparungsvorschläge, um anschließend diese in einem Konzept umzusetzen.

Eigentlich könnten wir annehmen, dass in der Politik mindestens ähnlich analytisch vorgegangen würde, doch die Praxis zeigt uns anderes. Es vergeht keine Woche, in der nicht ein Politiker einen Vorschlag zur Lösung eines Problems von sich gibt der so unausgegoren ist, dass selbst der Laie auf Anhieb dessen Untauglichkeit erkennt. Könnte ein Unternehmer gar eine Firma lenken, wenn er so dilettantisch vorgehen würde und keine Vision hätte? Unsere Politiker können dies, sie stehen erhaben über den Dingen - das Ergebnis haben wir leider täglich vor Augen.

Manche Landesregierungen leiten sogar ein von Gott gegebenes Gewohnheitsrecht für sich ab - das Recht auf fortwährende, großzügige finanzielle Unterstützung durch andere Länder, die weniger Schulden haben. Berlin ist seit ich mich als Kind erinnern kann so ein Fall, ein negatives Beispiel, geprägt von offenem Filz und unkontrollierter Verschwendungssucht. Das Geld der anderen wird dort schon immer mit vollen Händen zum Fenster hinausgeworfen, ohne dass im letzten halben Jahrhundert diesem undemokratischen Treiben Einhalt geboten worden wäre - sind wir nicht doch eine Bananenrepublik?

Ich erinnere mich noch einiger Dinge, es war in den 50er-Jahren als ich noch in der Ausbildung war. Im Westen hatte man kaum Geld zum Bau von Schulen, notdürftig musste improvisiert werden. In Berlin hingegen baute man Schulen in architektonischer Abartigkeit ohne Fenster, dafür mit Kunstlicht, Lüftungs- und Klimaanlage. Die Baukosten in Berlin lagen damals schon um ein Vielfaches über den vergleichweisen Kosten im Westen. Auch das Mobiliar und die Inneneinrichtung an den Schulen hielten dort meist nicht lange und wurden laufend großzügig ersetzt. Vandalismus war damals im Westen ein unbekanntes Wort, aber in Berlin an der Tagesordnung. In Berlin wurde, obwohl damals nicht Regierungssitz, geklotzt und das Geld mit vollen Händen ausgegeben. Wenn die „Luft“ bei bestimmten Senatsbeteiligungen mal zu dünn wurde, wurden die Kreditlinien unter der Schirmherrschaft des Senates erhöht, obwohl dieser längst pleite war. Die Stadt Berlin hat all die Jahre in einer systematischen Sinnlosigkeit das Geld, das sie nie hatte, für Luxus- und Imagewahn-Projekte rausgeschleudert, man denke in diesem Zusammenhang nur an das „Holocaust-Denkmal“ - nein ich bin kein Antisemit! Die Stadt Berlin hat es fertig gebracht ihre Schulden auf über 60.000.000.000 Euro anzuhäufen. Für den Senat ist dies bis heute kein Grund sein Handeln zu hinterfragen. Ja ihre politischen Vertreter, die Jahrzehntlang diese Suppe eingebrockt haben, fordern jetzt, nachdem sie deutsche Regierungshauptstadt sind wie selbstverständlich, dass diese Zeche andere bezahlen sollen.

Am liebsten wäre es ihm, wenn wir wie in den 50er-Jahren wieder ein „Berliner Notopfer“ entrichten müssten. Man schaue sich nur mal einige politischen Figuren an, mit welchem überzogenem Habitus sie ihr Amt wahrnehmen - abnorm scheint hier normal zu sein. Ein Familienvater, der seine Schulden nicht mehr bezahlen kann, weil arbeitslos, schämt sich - aber nicht die Politiker dieser Stadt. Solch arrogantes, selbstherrliches Verhalten hat längst Schule gemacht und andere Bundesländer, ebenfalls im Osten sind animiert es ihnen gleich zu tun. Denn der Länderausgleich wird ja anschließend wieder bei ihnen für volle Kassen sorgen.

Dass das deutsche Volk von seinen Politikern und Parteien nichts zu erwarten hat, zeigt auch ein anderes Beispiel. Selbst 60 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges hat das deutsche Volk immer noch keinen Friedensvertrag. Welchen völkerrechtlichen Status hat denn unser Land im Moment überhaupt? Aus amerikanischer Sicht ist Deutschland immer noch eine Besatzungszone, in der die USA immer noch das Sagen haben. Die US-Geheimdienste tun in Deutschland das, womit sie im eigenen Land Probleme haben. Sie inhaftieren, foltern und eliminieren mit Assistenz deutscher Dienststellen Personen die ihnen ein „Dorn im Auge“ sind ohne dass dies für sie irgendwelche rechtliche Konsequenzen hat.

Unsere Politiker haben auch längst erkannt wenn sie bedingungslos US-Amerikanische- und Israelische Politik unterstützen, dass dann im Gegenzug ihr nächster Wahlkampf schon finanziert ist und zu erwartende Erschwernisse bereitwillig aus dem Weg geräumt werden. Wer hingegen kritisch das Zeitgeschehen kommentiert der lebt gefährlich. Zuerst wird er nach und nach die geballte, globale Macht der Medien erfahren. Seine Reden werden, dank deren Hilfe total entstellt wiedergegeben. Wenn das nichts nützt, dann werden Intrigen, sexuelle Verfehlungen arrangiert und in die Öffentlichkeit gebracht. Gibt der Kandidat dann immer noch nicht auf, passiert rein zufällig ein Unfall. Ein Fallschirm geht nicht auf, auch dessen Reservesystem nicht oder ein Fahrzeug beschleunigt wie von selbst - was liegt da näher als ein

Selbstmord. Eine Untersuchung bestätigt dann diese These, auch wenn das private Umfeld ganz andere Fakten kennt. Es spielt dann auch keine Rolle, wenn wenige Wochen vorher sein Parteikollege von einem befreundeten Geheimdienst dringend ermahnt wurde, das Problem mit seinem widerspenstigen Kollegen umgehend zu lösen, da sonst wissenswerte Details über ihn nicht mehr geheim gehalten werden könnten. Aber als Politiker ist es ja so bequem und auf jeden Fall lohnenswert sich in die Schlange der Kopfnicker einzureihen und dann nur sein Votum abzugeben wenn dies ausdrücklich von einem gewünscht wird. In der Zwischenzeit kann man den Wählern ruhig wieder eine Menge Unsinn erzählen und sich verstärkt um sein Zusatzeinkommen kümmern.

Politiker weltweit in Ost und West meinen die Geschicke ihrer Länder zu lenken. Doch in Wirklichkeit bewegen sie sich mit ihren Entscheidungen nur entlang der Pfade, die ihnen noch verblieben sind nachdem sie die wirklich friedvollen Alternativen längst ihrer persönlichen Macht und Vorteile Willen geopfert haben.

Politische Parteien vertreten schon lange nicht mehr die Interessen des Volkes sondern sind in erster Linie zu Vertretern ihrer eigenen Interessen geworden, sie folgen den Zielen von Macht und Geld, den Zielen der Illuminaten. Politiker, die ihnen hierbei zu Diensten sind brauchen sich nach ihrem Ausscheiden aus der aktiven Politik keine Sorgen zu machen, sie erhalten hochdotierte Jobs in der EU oder in der Industrie als Anerkennung für ihre bisherige Loyalität, die ja auch im neuen Job notwendig ist.

Für mich ist es enttäuschend wenn die Vergabe des Amtes des Bundespräsidenten den Eindruck einer Gefälligkeit erweckt. Persönlich kann ich beispielsweise den früheren Bundespräsidenten Horst Köhler von seiner Art her gut leiden. Wenn ich mir jedoch seinen Werdegang ansehe, habe ich Zweifel ob er nach seinen vorherigen Diensten den wahren Interessen des deutschen Volkes dienen konnte. Seine Nominierung schien die Folge seiner gezeigten Loyalität zu sein. Eine

Loyalität bestimmten Personen oder Gruppen gegenüber, die nicht alle im Ruf standen immer demokratischen Grundsätzen gefolgt zu sein. So war Horst Köhler 1981 Referent des Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg, der in den Verkauf verbotener, geheimer U-Boot-Pläne involviert gewesen sein soll, was letztendlich auch die Ursache für Uwe Barschels gewaltsamen Tod gewesen war. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Köhler diese antidemokratischen Dinge verborgen geliebt sein sollen. Später leitete Köhler die Abteilung Geld und Kredit, für die internationale Finanz- und Währungspolitik. Er war Chefunterhändler beim Maastricht-Vertrag der Europäischen Währungsunion und persönlicher Beauftragter von Bundeskanzler Helmut Kohl, alias Henoeh Kohn, mit den höchsten jüdischen Orden ausgezeichnet, Vertreter jüdischer Interessen, wie Kohl es selbst auf seiner ehemaligen Homepage formulierte. Köhler weiß also genau, dass die Währungen nicht den jeweiligen Ländern gehören, sondern einer machtvollen privaten Gruppe, die ganz andere Interessen verfolgt. Im Jahr 2000 wurde Köhler Geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds IWF in Washington und arbeitete eng mit der Weltbank zusammen. IWF und Weltbank gelten als die eigentliche Ursache der Probleme in der Dritten-Welt. Am 4. Mai 2004 wurde Horst Köhler von der CDU, CSU und FDP zum gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen und gewählt.

Auch wenn Köhler sich als „Bürgerpräsident“ verstanden haben wollte, so war er dies in keiner Weise, dazu war er von den Bürgern und auch wohl von seinen Untergebenen im Schloss Bellevue zu weit entfernt. Erst im März 2010 hatte Köhler die Verdopplung der ohnehin überzogenen Benzinpreise gefordert, dass er dies aus vermeintlichen Umweltgründen tat, spielt dabei keine Rolle. Sein Verhalten zeigt, dass er weit, sehr weit weg von den Problemen der Bevölkerung ist. Es hätte ihm jedoch gut gestanden, die permanente und zu jeder Urlaubszeit wiederkehrende, nicht nachvollziehbare Preiserhöhung der Mineralölkonzerne mal zu tadeln. Nein, Köhler stand diesen Konzernen deutlich näher als dem gewöhnlichen Volk. Und wenn ihm wirklich die Umwelt am Herzen gelegen hätte, dann hätte er mal die Initiative

ergreifen müssen und Mathias Wissmann, der seit 2007 Präsident des Verbandes der Automobilindustrie ist und von 1993 bis 1998 Bundesforschungsminister und Bundesminister für Verkehr war, danach zu fragen, wie weit denn die von den Automobilkonzernen vor über 20 Jahren versprochene Reduzierung des Benzinverbrauchs gediehen ist?

Glaubte Köhler denn wirklich, dass als Legitimation für das Amt des „Bundespräsidenten“ es genügt dieses nur „verliehen“ zu bekommen ohne es selbst mit dem nötigen Respekt zu erfüllen. Respekt vor den Problemen der Bevölkerung und Respekt vor deren Sehnsucht nach Frieden - auch in Afghanistan. Stattdessen propagierte Köhler unverhohlenen Kanonenbootpolitik wie in den schwärzesten Tagen der Kolonialzeit. Nein Herr Köhler, Respekt einzufordern ist falsch, da haben Sie wohl gedacht ein Privileg ähnlich dem eines Gewohnheitsrechtes, dass Ihnen all die vielen Jahre unterwürfig entgegengebracht wurde, für sich weiter einklagen zu können? Sie waren nie ein Bürgerpräsident, auch wenn viele dies wegen Ihrer beschaulichen, schwäbischen Abstammung vermutet hätten. Sich darauf zu berufen, falsch verstanden oder interpretiert worden zu sein, enttäuscht mich sehr. Schauen Sie sich doch mal Ihre eigene Äußerung an, man hätte diese in der Tat flüssiger formulieren können, dennoch besteht für mich kein Zweifel über die Art der Politik, die sie einforderten, nach dem Motto: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein!“ Nein mit „Volkes Wille“ haben Ihre Äußerungen nichts zu tun, da zeigt sich schon eher Ihre ganz persönliche Verbundenheit zu den Machtstrukturen. Ich bin nicht traurig darüber, dass sie sich selbst am 31. Mai 2010 zum Rückzug gezwungen haben. Am Hungertuch werden Sie danach nicht nagen, da Sie eine Pension von 17.500,- Euro monatlich erhalten, nicht berücksichtigt sind hierbei Vergütungen ihrer früheren Arbeitgeber, die sicher noch mal in der gleichen Größenordnung zu Buche schlagen. Damit Sie nicht weiterhin behaupten können, man würde Sie falsch interpretieren, hier der Wortlaut Ihrer Aussage:



*„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg.“*

Dieses Interview gab unser damaliger Bundespräsident Horst Köhler am 22. Mai 2010 dem „Deutschlandradio Kultur“ nach einem Besuch bei deutschen Soldaten in Afghanistan.

Nein Herr Köhler, dass Sie dann noch als Lehrmeister der Nation auftraten und sich darauf beriefen, dass die Auslandseinsätze der Bundeswehr ja voll von der Verfassung abgesichert seien - von welcher Verfassung reden Sie Herr Köhler - die BRD hat keine? Oder meinten Sie gar damit, dass Ihr Wort Verfassung sei? Übrigens die Verfassung die Sie Herr Köhler vermutlich meinen, ist das Grundgesetz, das lediglich ein Verwaltungsgesetz der Alliierten ist und mit einer „Verfassung“ mit freien bürgerlichen Rechten nichts zu tun hat, das bestätigen auch verschiedene Gutachten und Urteile - aber das wissen Sie ja alles viel besser als ich. Ihnen ist auch bekannt, dass die amerikanische FED wie auch die angegliederte Weltbank und der IWF über keinerlei rechtsstaatliche Legitimation verfügen und auch nicht mit der US-Verfassung konform gehen.

Es waren eben auch die „dirty tricks“ Ihres IWF, der Entwicklungsländer Kredite aufzwang die sie nicht wollten und auch nicht benötigten, nur dem einen Zweck die Zahlungsunfähigkeit jener Staaten zu erreichen um an deren verpfändete Ressourcen zu gelangen, was die Verarmung ganzer Völker zur Folge hatte.

Wie ich bereits sagte, ist die Vergabe bedeutender Posten immer an die gezeigte Loyalität gekoppelt, dies scheint wohl die Voraussetzung über alle Parteigrenzen hinweg zu sein. Ich hätte mir für ein solches Amt einen integren, über alle politische Machenschaften erhabeneren Person gewünscht, wie zum Beispiel Carl Friedrich von Weizsäcker, Philosoph und Friedensforscher, aber dies scheint wohl meine persönliche illusionäre Vorstellung zu sein.

Regierungen scheinen nicht mehr handlungsfähig zu sein, da die zugrunde liegende Parteidoktrin einen breiten Konsens verhindert. Die Parteien sind durch ihren eigenen Filz, durch ihre eigenen Abhängigkeiten so begrenzt im Handeln geworden, dass ihnen kein Spielraum für konstruktive Politik mehr verbleibt. Die Parteien haben große Probleme zu verhindern, dass diese Tatsache noch augenfälliger wird und ihre Politik schon lange nicht mehr den Zielen von Konsolidierung und Lösung folgt. Ganz auffällig wird dies bei der Partei, der man die Farbe grün zuordnen möchte. Bei ihr ist wie in Zeitrafferaufnahme eine ungewöhnliche Metamorphose der Anpassung und anderer parteiübergreifender Krankheiten feststellbar.

Einst groß geworden, weil der Bürger den Eindruck hatte, dass von ihnen neue Impulse, besonders in Umwelt- und Energiespar-Dingen ausgingen. Doch kaum an der Macht, jettete Bundesaußenminister Joschka Fischer 2001, für einen elfstündigen Besuch zur Anti-Rassismus-Konferenz nach Südafrika. Allein für den Flug gab er die bescheidene Summe von 800.000 DM aus, obwohl hierfür nur 80.000 DM im Haushaltsplan vorgesehen waren. 2003 hatten die beiden „Grünen“ Landwirtschaftsministerin Künast und Bundesumweltminister Trittin eine Maschine der Bundesluftwaffe für 250.000 Euro nach Brasilien beordert, um innerhalb von Brasilien ihr Programm mit durchaus touristischem Charakter zu einer Alkoholfabrik und zu Landbesetzerfamilien fortzusetzen.

Wochen zuvor noch hatte Trittin gegen die Billigflieger in Deutschland gepöbelt und den internationalen Flugverkehr als eines der Hauptübel

für die Entstehung der Treibhausgase gebrandmarkt. Die ökosozialistische Führungskaste hatte sich in kürzester Zeit all die politischen Unarten angeeignet, wofür die anderen Parteien Jahrzehnte brauchten. Zwischendrin schwang sich wieder mal ein grüner Minister medienwirksam auf ein Fahrrad um sich anschließend, nachdem die Aufnahmen im Kasten waren, ungeniert in seinem mehr als 300 PS starken Fahrzeug chauffieren zu lassen. Ja mancher hat gar medienwirksam den Zug nur genutzt und seinen Dienstwagen nachkommen zu lassen.

Am 19. November 2007 berichtete die *Augsburger Allgemeine*:  
Rechnungshof: Vier Jets sind genug.

Der Bundesrechnungshof hat die Anschaffung von sechs neuen Flugzeugen für die Flugbereitschaft der Bundesregierung in Höhe von rund 600.000.000 Euro kritisiert. Die Prüfer kommen zu dem Ergebnis, ...dass vier Maschinen ausreichend sind.

Inzwischen kennt der informierte Bürger selbst schon mehr ökologische Einsparprogramme, als es der grünen Partei lieb ist. Eigentlich hätte man annehmen können, dass Energie-Einsparpotenziale bereitwillig aufgegriffen würden - Fehlanzeige. Brauchen unsere Autos heute wirklich weniger Benzin als vor 25 Jahren, ist das der technologische Quantensprung einer hochgelobten Entwicklung? Warum bietet eine solche Partei in Wahlspots Wasserstoffantriebe als die ultimative Lösung des Energie- und Abgasproblems an, wohlwissend dass für die Produktion von Wasserstoff große Mengen an Strom benötigt werden, der wieder aus fossilen Brennstoffen oder durch Atomenergie gewonnen werden muss. Kann es sein, dass eine solche Partei den Bürger für ziemlich dämlich hält - eventuell zu Recht? Warum greift eine solche Partei denn nicht Informationen auf, an die jeder interessierte Bürger gelangt, dass es schon vor Jahrzehnten konventionelle Verbrennungsmotoren mit deutlich geringerem Kraftstoffverbrauch gegeben hat, die aber wegen des geringen Verbrauchs in der

Versenkung verschwunden sind. Ein sehr ergiebiges Betätigungsfeld wäre es auch, sich mal mit dem Thema Patentunterdrückung zu beschäftigen. Da wären wir im Nu bei null Emission angelangt ohne weitere Entwicklungskosten, alles schon fix und fertig. Noch eine weitere, ganz simple Frage an die, die sich gern lässig und volksnah geben - warum verhindern sie, dass ein Ölfiltersystem eingeführt wird, mit dem es möglich ist, ein Fahrzeug ein Leben lang mit nur einer Ölfüllung zu fahren das keinen Ölwechsel mehr erfordert. Jedes Jahr könnten damit Millionen Liter Motoröl einspart werden und ebensoviel Altöl verhindert. Ich denke, dass eine solche Partei sich zu Unrecht als grün und ökologisch ausgibt. Bisher ging ich davon aus, dass sich diese Partei auch energisch gegen Genfood, Monsanto und Konsorten - jedoch für mittelständische Bauern - einsetzen würde. Da muss mir wohl ein Fehler unterlaufen sein, das Gegenteil ist der Fall, die sind für Agrarfabriken und monopolistische Strukturen.

Verehrter Leser ist es Ihnen auch schon aufgefallen, dass eine rechte Partei nie ein Programm einer linken Regierung unterstützt und umgekehrt, selbst wenn diese von der Sache her einer Meinung sind. Würde doch dadurch die Oppositionspartei zum Erfolg der Regierungspartei beitragen - was auf keinen Fall gewünscht ist. Es geht schon lange nicht mehr darum, was das Beste für unser Land oder die Menschheit ist. Der mündige Bürger ist für unsere Parteien nur Manipulationsmasse und nur soweit von Interesse, als seine Stimme momentan noch für die Wahlen und als spätere Legitimation für ihr Handeln benötigt wird. Denn ohne seine Stimme ist für einen Politiker nicht einmal mehr eine Oppositionsarbeit möglich - momentan noch. Doch bald schon werden die Parteien den Bürger für die Wahl nicht mehr benötigen. Der Einsatz manipulierbarer, amerikanischer Wahlmaschinen ist in Deutschland eine fast beschlossene Sache und eventuell nur noch eine Frage der Zeit. Die entsprechenden Gesetze wurden ohne große Diskussion von allen Parteien in einer Nacht und Nebelaktion abgesehnet. Willkommen - amerikanische Verhältnisse!

Macht und Korruption scheinen zwei fest miteinander verbundene Dinge zu sein. Die Mehrheit der deutschen Politiker will sich nicht von ihr trennen. Sonst wäre es wohl nicht möglich, dass Frankreich das einzige G8-Land war, das die UN-Konvention gegen Korruption unterzeichnet hat, deren Inkrafttreten für den 14. Dezember 2005 vorgesehen war. Nach Bewertung der UN-Konvention gegen Korruption: Stehen in Deutschland die Parteien und das Parlament am stärksten unter dem Einfluss von Korruption. Es folgen die Bereiche Medien und Wirtschaft. – Bedarf diese amtliche Feststellung noch einer weiteren Untermauerung?

Die weltweite politische Situation zeigt uns auf, dass die geschaffenen, gegenwärtigen, polarisierenden Parteisysteme jeden breiten Konsens verhindern und nicht in der Lage sind der Menschheit Frieden, soziale Ausgeglichenheit und eine friedfertige technologische Entwicklung zu bringen. Ja, wir haben uns die letzten Jahrzehnte mit jedem Tag ein Stück weiter von diesem Ziel entfernt. In Wirklichkeit wurden Probleme nicht gelöst, sondern nur vergrößert und verschoben.

Einen Teil der Ursache hierfür können wir auch in unserem eigenen Land, in Deutschland suchen. Im Wesentlichen sind dies:

Dass es keine wirklichen Werte mehr gibt, dass der Begriff Ethik als Richtschnur aus allen Bereichen unseres täglichen Lebens entfernt wurde und an dessen Stelle Wertigkeiten wie Vorteil und Cleverness gesetzt wurden. Wenn es das erkorene Ziel einer ganzen Nation und deren Führer ist clever zu sein, dann bedeutet das automatisch, dass für den Vorteil des einen, alle anderen einen Nachteil in Kauf nehmen müssen. Ich bedauere es, dass den Menschen suggeriert wird, dass sie - um überleben zu können - egoistisch sein müssten, damit das System das einem Hamsterlaufrad gleicht in Funktion gehalten wird und der jeweils Schwächste eben unten raus fällt.

Dass es keine wirklichen Vorbilder mehr gibt. Fanden Sie es nicht auch schon toll, wenn einem Politiker nicht nachzuweisen war, dass er sich

durch bestimmte Machenschaften Vorteile in beachtlicher Höhe „erwirtschaftet“ hatte? Viele Bürger finden solches Verhalten auch heute noch wirklich clever. Nur inzwischen ist dies zu einer unverhohlenen Selbstverständlichkeit, zu einem Krebsgeschwür geworden. Der Bürger und vor allem die Jugend hat den Eindruck, dass nicht mehr Schulbildung und Anstand notwendig sind um weiter zu kommen, sondern Cleverness und Betrug. Hauptsache man kann einem nichts nachweisen.

In wenigen Jahren wurden so neue Werte, neue Vorbilder geschaffen. Der Jugend und manchen Erwachsenen wurde damit suggeriert, dass es auch ohne Anstrengung geht. Diesbezügliche Beispiele gibt es ja genug. Gegen viele Abgeordnete wurden Verfahren zur Aufhebung ihrer Immunität eingeleitet, weil sie irgendwo Dreck am Stecken hatten und haben. Das, was meist danach kam, war auch nicht geeignet das Vertrauen in die Exekutive und Rechtsprechung zu festigen. Aussagen wie: „Ich kann mich an nichts erinnern“, „wir werden die brutalst mögliche Aufklärung betreiben“ oder „ich fühle mich meinem gegebenen Ehrenwort verpflichtet“ und nicht unserem Gesetz, sind uns dennoch in bester Erinnerung. Dank eines guten Beziehungsgeflechtes oder Geheimdossiers in „Zigarrenkisten-Format“ verliefen solche Anklagen ohne nennenswerte Auswirkungen. Manche Staatsanwälte mussten gar mit Nachdruck daran erinnert werden, dass da gewaltiger Schaden für den Staat und Aufklärungsbedarf bestand. Kaum einem dieser Abgeordneten ist je etwas passiert, ist das nicht merkwürdig? Das Rechtsempfinden der Bürger wurde absurdum geführt - und da wundern sich unsere Politiker über die Politikverdrossenheit ihrer Wähler?

Die Politik der letzten Jahre hat dem Menschen gezeigt und vorgelebt, dass es eigentlich auch ohne Leistung und Verantwortung geht. Ja sie hat einige Bürger animiert von ihren Ansprüchen geradezu Gebrauch zu machen - warum auch nicht? Man hat ja seit Jahrzehnten mehr Geld in

der Tasche, wenn man das soziale System ausnutzt, als sich das Geld selbst zu verdienen.

Der Staat zahlt zum Beispiel für Langzeitarbeitslose, ohne dass er auf die Idee kommt eine Gegenleistung in Form kommunaler oder gemeinnütziger Arbeit zu verlangen. Er druckt mehrsprachige Broschüren, in denen genau erklärt wird, auf welche Zuwendungen zum Beispiel Einwanderer aus dem Osten Anspruch haben, obwohl sie eigentlich der deutschen Sprache mächtig sein sollten. Dabei genügt es, wenn diese sich gegenseitig bescheinigen, dass sie von Kindesalter an berufstätig und als hochqualifizierte Arbeitskraft tätig waren. Bei einer solch vorauseilenden Bereitwilligkeit kommen gigantische Beträge in jedem einzelnen Fall von weit über 100.000 Euro zustande. Mit der Rente für solche Gruppen ist es nicht minder schlecht gestellt, können sie doch dank freizügiger Auslegung zu beachtlichen Anwartschaften und Durchschnittsansprüchen auf Kosten der Rentenversicherung kommen. Der Bürger hingegen, der dies alles finanziert hat und noch finanzieren muss, erhält oft deutlich weniger - er ist eben oft nicht der Durchschnitt, sondern deutlich darunter. Ist das nicht pervers, meine Damen und Herren Politiker, was geht in Ihren Köpfen vor? Und dann wundern Sie sich, wenn die anderen auf ihre nicht selbst verdienten Ansprüche pochen und die, die ein Leben lang dafür gearbeitet haben circa 25 Prozent weniger bekommen und auf diese Landsleute sauer sind.

Die Mehrheit der Menschheit ist nicht bereit Selbstverantwortung zu übernehmen und zu erkennen, dass sie selbst Bestandteil dieses Systems sind und daher selbst zum Gelingen des Ganzen beitragen müssen. Sie haben bereitwillig ihre Verantwortung an die abgetreten, die behaupteten uns das Seelenheil zu bringen - den Politikern, den Religionen, den Wissenschaftlern und jenen, denen das Geld gehört. Man kann durchaus behaupten, sie beten „falsche Götzen“ an.

Ist Ihnen bewusst, dass deutsche Politik sich nicht nur auf unser Land begrenzt, dass sie auch Kriege und Unterdrückung legitimiert ohne

kritische Fragen zu stellen. Sie sieht tatenlos zu wenn ganze Völker, wie beispielsweise die Tibeter und die Uiguren von den Chinesen mit brutaler Gewalt annektiert und ihre Rasse und Identität ausgelöscht wird. Die einzige Reaktion unserer deutschen Offiziellen war unisono, „dass es der Sache nicht dienlich wäre, wenn die olympischen Sommerspiele 2008 dadurch beeinträchtigt würden.“ Ja, Außenminister Steinmeier sorgte sich damals sehr, er fand gar, dass die Einladung des friedfertigen Dalai Lama im Sommer 2007 nach Berlin ein Vopaux sei, der die traditionell guten Beziehungen zu den Chinesen nachhaltig stört. Er hätte den Dalai Lama am liebsten zur Persona non Grata, zur unerwünschten Person erklärt.

Wir müssen uns auch darüber im Klaren sein, dass wir als Kollektiv Erde, als Kollektiv Land, genau das zurück bekommen, was wir an geistiger Energie und Vorstellung da hineingesteckt, unterlassen oder zugelassen haben - nicht mehr und nicht weniger - genau von jener Qualität, die wir in unseren Gedanken und Einstellungen zuließen. Wenn uns also dieses Programm nicht gefällt, das da gegenwärtig immer stärker vor unserem Ereignishorizont abläuft, dann sollten wir schleunigst diese Dinge hinterfragen und unsere Wertvorstellungen ändern und uns auch entsprechend verhalten. Wir sollten uns dabei bewusst sein, dass es aus diesem Kreislauf, aus diesem Programm kein Hintertürchen gibt wo wir uns davonschleichen können. Wir können uns diesem Spiel, das man auch Evolution nennt nicht entziehen. Dieses Programm, das wir durch unsere Taten, Gedanken und Gefühle nähren, läuft so lange, bis wir unserer Verantwortung als Individuum gerecht geworden sind. Bis wir die Lernstufe auf der physischen Ebene der Erde erfolgreich abgeschlossen haben. - Warum packen wir es nicht an?

Der kosmische Motor der dies steuert, ist die jeder Situation inne wohnende, göttliche Intelligenz die auch die Universellen-Gesetze repräsentiert. Früher oder später wird also jede Unausgeglichenheit, jede kleine und große Schummelei im Sinne von Harmonie ausgeglichen werden und wer sich einem solchen Ausgleich in den Weg stellt, der wird von den Ereignissen überrannt werden. Die Wiedervereinigung Deutschlands war ein solches Lehrbeispiel. Damit solchen Ereignissen



auch der richtige kosmische Schwung verliehen wird, werden diese von der großkosmischen Konstellation der Planeten im Universum getriggert. Dies kann in Form einer Verstärkung, einer Abschwächung sein oder auch der Sache unerwartet eine völlig andere Wendung geben. Ein solcher zeitlicher Abschnitt dauert 25.800 Jahre. Am 21. Dezember 2012 beenden wir einen solchen Zyklus, das heißt: alle noch vorhandenen „Unausgeglichenheiten“ versuchen bis zu dieser Zeit noch einen Ausgleich - harmonisch oder mit Gewalt - herbeizuführen. Dann wird das Fische-Zeitalter enden und ein neues, das Wassermann-Zeitalter beginnt. Man bezeichnet diesen Wechsel auch als das Verlassen des Kalayuga, des dunklen Zeitalters mit Wechsel zu den lichten, zu den freudvollen Ereignissen hin. Die damit verbundenen zeitlichen und qualitativen Gesetzmäßigkeiten beschreibt der Mayakalender.

Wir befinden uns nun schon aktiv mitten in dieser Zeitenwende. Wenn sich ein altes System verabschiedet, führt es uns manchmal noch die ganze darin steckende Kuriosität vor Augen, so dass dies auch der Letzte kapiert. Ich möchte hier stellvertretend nur einige Beispiele nennen:

Die in Deutschland vorherrschende soziale und wirtschaftliche Unsicherheit wird von den staatlichen Institutionen als Gejammer auf hohem Niveau dargestellt. In Wirklichkeit kommt doch nur zum Ausdruck, dass die Leute Angst haben, auch weil es keine Planungssicherheit mehr gibt. Die Bevölkerung erkennt, wenn auch vorerst nur diffus und verschwommen, dass keine Partei und kein Abgeordneter bereit ist die eigenen Interessen zum Wohle der Allgemeinheit hinten anzustellen und die anstehenden Probleme zu lösen. Die Vorsitzende einer Partei beschrieb dieses neulich selbst treffend: Das Erscheinungsbild der Politiker ist schwer erklärbar.

Die Leute erkennen, dass trotz Wahlen und Regierungswechsel keine Lösungen erreicht werden. Macht die Regierungspartei einen Vorschlag für die Lösung eines Problems, lehnt die Opposition erfahrungsgemäß

diesen ab. Die etablierte politische Kaste führt sich selbst, durch ihre gegenseitige Blockadetaktik absurdum - oder hat dies gar System? Wenn es jedoch um die Mehrung ihrer Bezüge geht, sind sie sich unisono einig - ist das nicht merkwürdig? Dem Bürger verordnen sie „Wasser“ und selbst trinken sie „Wein“.

Die Entlohnung der Politiker ist nicht minder kurios. Die Abgeordneten ziehen regelmäßig das Beispiel heran, dass sie im Vergleich zu Wirtschaftsmanagern deutlich unterbezahlt wären - welche gnadenlose Selbstüberschätzung! Ich frage mich, warum gehen sie dann nicht gleich in die Industrie oder bleiben dort wo sie hergekommen sind, wenn sie ihre Entlohnung als ungerecht empfinden? Den Rentnern verordnen sie Jahr für Jahr „Nullrunden“ und rechnen dem Bürger vor, dass die jährliche Preissteigerung gerade einmal um die ein oder zwei Prozent beträgt. Ich weiß nicht wer der Herr solcher Zahlen ist, diese sind schlichtweg unseriös und verlogen, ob mit oder ohne Statistik. Es hat doch schon längst jeder selbst erfahren, dass diese Zahlen nie und nimmer zutreffen und seit der EURO-Umstellung mindestens eine Verdoppelung der Preise stattgefunden hat. Ich schlage vor, die Bezüge der Abgeordneten an das Einkommen der Rentner zu koppeln, denn schließlich tragen die Abgeordneten als deren Volksvertreter ja auch für deren Wohl Verantwortung. Und wenn sie die minimale Anpassung der Renten als gerecht empfinden, dann sollte das für deren Bezüge nur billig sein. Es kann nicht angehen, dass eine kleine Gruppe einer großen Familie besser und eine große Gruppe schlechter behandelt wird. Jeder Abgeordnete muss mit gutem Beispiel voran gehen, er kann sich nicht außerhalb des von ihm geschaffenen Systems stellen.

Noch ein Beispiel, bei dem der Bürger den Eindruck hat, dass Reden und Handeln in der Politik zwei völlig getrennte Dinge sind. Seit geraumer Zeit wird von der Politik verkündet, dass das Rentenalter drastisch heraufgesetzt werden muss. Einmal weil kein Geld in den Kassen ist aber auch weil die älteren Jahrgänge über eine hervorragende berufliche Erfahrung verfügten, auf die man nicht verzichten will. Gleichzeitig unterstützt die Politik ungeniert Vorhaben von Industrie

und Staatsbetrieben Hunderttausende von Mitarbeitern, weit unterhalb der geforderten Altersgrenze in Vorruhestand zu schicken, - natürlich auf Kosten des Sozialsystems und dann wird gejammert, dass nichts mehr in der Kasse ist und sich jeder mit weniger begnügen muss, wobei sie sich selbst hiervon ausnehmen.

Auch in der Weltpolitik ist es nicht besser. Die von den USA gesteuerten großpolitischen Verhältnisse sind weitestgehend geprägt von Manipulation, Machtausübung und politischem Vasallentum. Fast jedes Engagement der USA außerhalb ihres Landes ist gekennzeichnet von undemokratischer Einflussnahme bis hin zu direktem Betrug, wenn es darum geht, Gründe für ein militärisches Eingreifen zu schaffen. Die grobe Linie solcher Politik kann man salopp mit dem Satz umschreiben: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“

### ***Resümee***

Die gegenwärtigen politischen Systeme haben sich durch eine Art Inzucht und verdeckter Einflussnahme einer mächtigen Gruppe selbst zum Erliegen gebracht. Sie haben sich als Rückkopplung immer wieder nur ihre eigenen Interessen zugeführt. Die Evolution zieht Konsequenzen aus einem falsch eingeschlagenen Weg, die Politik jedoch nicht. Aus der Vererbungslehre wissen wir, dass Inzucht zum unweigerlichen Aussterben der betroffenen Spezies führt. Die dafür verantwortlichen Herrschaften haben bisher nicht erkannt, dass Evolution auch dann stattfindet, wenn man sie verhindert. Dieses System ist dabei, sich selbst zu entsorgen, es ist zur Behinderung jeder weiteren positiven Entwicklung geworden.

Im Universum kann nur langfristig überleben, wer Harmonie im Sinne von Nächstenliebe, Spiritualität und Ehrlichkeit repräsentiert, das schließt alles andere, wie Macht, Beherrschung, Unterdrückung, Krieg und Manipulation aus. Nächstenliebe ist der einzige Schlüssel, der Garant für ein respektvolles Nebeneinander, auch bei unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Hierzu gehört auch, dass Wissen, in Form von

Erfindungen mit allen zu teilen ist und dass niemand das Recht hat, aus Profitstreben und Machtsucht Erfindungen zurückzuhalten.

Unsere gegenwärtigen politischen Systeme sind nicht geeignet der Menschheit das Überleben zu sichern - also werfen wir es mit deren Repräsentanten über Bord. Damit sich ein besseres System etablieren kann, müssen wir die Auswahl und Qualifikation der Leute, die wir unsere politischen Vertreter nennen, ändern. Die neuen Vertreter des Volkes müssen einen tadellosen Leumund haben und auch die Wertigkeiten von Ehrlichkeit und Spiritualität repräsentieren, ihre Ausbildung ist dabei unbedeutend. Damit über die Qualifikation einer solchen Person eine Aussage getroffen werden kann, muss diese bereits bedeutende Abschnitte ihres Lebens vollbracht haben. Diese Person muss über Attribute, wie Tatkraft, Unbestechlichkeit, vorgelebter Spiritualität und beispielhaftes Verhalten verfügen. Es muss das Bestreben jeder Gruppe oder jeden Bereiches sein, solche verantwortungsvollen Leute aus ihrer Mitte für ein höheres Amt vorzuschlagen. Die Vergütung darf dabei keinesfalls besser als die anderer lokaler Honoratioren sein, jedoch sollen bereitwillig Voraussetzungen geschaffen werden, die die Würde eines solchen Amtes unterstützen.

Im Moment erfahren wir ja weltweit ein Paradebeispiel destruktiver politischer Entwicklung. Dies entspringt letztendlich der Summe all dem, was wir im Geiste zugelassen, wie auch unterlassen haben. Wir haben unsere Verantwortung an Politiker abgetreten in der Hoffnung uns nicht darum kümmern zu müssen, gleichgültig ob jene überhaupt dazu moralisch und sittlich in der Lage waren oder sind. Die Menschheit benötigt nicht clevere Manager, den Cleverness geht immer auf Kosten anderer. Wir benötigen auch keine machthungrigen Führungspersönlichkeiten. Wir benötigen endlich wieder liebevolle Vorbilder, die bei allen Entscheidungen zuerst den Menschen sehen. Nicht den einzelnen Menschen, sondern immer das Wohl der gesamten Menschheit, nicht den eigennützigen Menschen, sondern den Menschen

im Einklang mit dem was um ihn herum ist. Geht es den Menschen gut, geht es auch der gesamten Erde gut.

Wir müssen uns von der Denkweise verabschieden den anderen immer eine Nasenlänge voraus sein zu müssen. Die Früchte einer solchen Einstellung und Projektion schafft Ungleichgewicht und Ungleichgewicht drängt nach Ausgleich - nötigenfalls gewaltsamen. Ich bin mir im Klaren darüber, dass Ihnen jetzt hierzu eine Menge Anmerkungen und Fragen in den Sinn kommen. Allein über das Thema „soziale Verantwortung“ könnten wir uns tagelang austauschen. Meine Bitte an Sie ist zu überlegen, ob es nicht sinnvoll sein könnte nur noch erfahrene Personen in Ämter, Gremien, und Regierungen zu wählen, die beispielhaft soziales Verhalten vorgelebt haben. Ich meine nicht sozial im Sinne einer karitativen Einrichtung sondern im Sinne von Vorbild, von Hilfsbereitschaft, von persönlichem Einsatz, von Machbarkeit. Und wenn wir solche Personen ab der zweiten Lebenshälfte in solche Positionen wählen, dann können wir auch ausschließen, dass Geltungsbewusstsein und Machtinteressen die Antriebsfeder ihres Handelns sind. Neben einer vergleichsweise bescheidenen Aufwandsentschädigung hätten diese jedoch die Hochachtung des gesamten Volkes hinter sich. Stellen Sie sich einmal dieses unbeschreibbare Glücksgefühl vor, zu erfahren, dass in einer Sache die best mögliche Entscheidungen getroffen wurden zum Wohle aller. Es wäre wünschenswert, wenn die Aussage Friedrich des Großen wieder eine Vorbildfunktion hätte:

*„Ich bin der erste Diener meines Staates“*

Friedrich der Große

Ich möchte zur Ehrenrettung einiger weniger Politiker nicht ausschließen, dass ursprünglich der eine oder andere unter ihnen die Karriereleiter erklimmen hat ohne dass ihm die dahinter stehenden Zusammenhänge bewusst waren. Ich denke auch, dass mancher von ihnen trickreich mit Informationen versorgt wurde, die - wie er später feststellen musste - nur dem Zweck diente zu täuschen und Vorteile für

bestimmte Interessengruppen zu schaffen. Ich schätze, dass es in den letzten zehn Jahren nur einer Hand voll Politikern gelang, halbwegs anständig über die Runden zu kommen und dass nur wenige eine reine Weste haben, von einzelnen dunklen Tupfern abgesehen. Andere dürften resigniert ihre politische Karriere vorzeitig beendet haben.

Hier einige Kernaussagen aus dem Buch „Planet der Wandlung“:

„Jene, die darauf aus sind zu herrschen haben einen hohen Rang in der Gesellschaft und führen die Menschen in eine Richtung die ihnen hilft sich der Verantwortung zu entziehen.“

„Ihr seid keinen Grenzen unterworfen. Eure Grenzen und Beschränkungen werden nur durch eure Ängste geschaffen.“

„Hunger gibt es nur, weil es Unwissenheit gibt und weil einige Regierungen der Welt versuchen, andere zu beherrschen.“

„Es ist Zeit, dass die Völker der Erde von ihren Regierungen, von ihren religiösen Führern, von ihren Lehrern Wissen und Einsicht vordern, um zu erfahren, was wirklich vor sich geht.“ Bisher haben eure Regierungen, eure Religionen und eure Gesellschaft euch in Unwissenheit und in Fesseln gehalten.“

„Die Wissenschaft ist zu einer Religion geworden, die manipuliert und herrscht.“

\*\*\*

### ***Finanzieller Ausgleich***

Ich bitte den Leser entsprechend seiner Wertschätzung und seinen finanziellen Möglichkeiten mir einen materiellen Ausgleich zurück fließen zu lassen. Auch ein kleiner Betrag ist willkommen.

Sie können hierzu an:

*Peter Prestele*

**IBAN: DE48 7305 0000 0190 6741 01 bei der Sparkasse Neu-Ulm**

**SWIFT-BIC: BYLADEMINUL**

oder unter Verwendung von **PayPal** und Angabe meiner E-Mailadresse:  
**prestele.universe@online.de** mir einen finanziellen Ausgleich  
zukommen lassen.



Die Weitergabe dieses eBooks ist erwünscht!

**[www.real-universe.net](http://www.real-universe.net)**